

# - diesseits —

Das humanistische Magazin

[www.diesseits.de](http://www.diesseits.de)

## Corona und Klimawandel

Humanistisch-ethisches Handeln  
in globalen Krisenzeiten

## Die unsichtbare Krise

Ein Kommentar zur  
Situation Geflüchteter

## Dem freien Europa droht Gefahr

Wider die Angriffe auf  
Demokratie und Rechtsstaat

# Alles außer Corona!

Humanistische Interventionen  
in Krisenzeiten



# Inhalt

## Schwerpunkthemen



06

ZUR DEBATTE  
**Humanistisch-ethisches Handeln in globalen Krisenzeiten**  
Von Rainer Marczinowski



10

INTERVIEW  
**»Wir müssen auch jetzt wachsam und solidarisch sein«**  
Chris Heike Lau im Interview



12

ZUR DEBATTE  
**Die Rolle von Wissenschaft und Ethik in Zeiten von Corona und Klimawandel**  
Von Peter Reichl



16

ZUR DEBATTE  
**Corona  
Grenze der humanistischen Selbstbestimmung?**  
Von Matthias Krahe



19

INTERVIEW  
**»JuHu ist mehr als nur Sommerreisen oder Wochenendfahrten«**  
Clara Wilmes im Interview



22

ZUR DEBATTE  
**Neues Suizidhilfegesetz – noch weitgehend mit alten Seilschaften?**  
Von Gita Neumann



30

KOMMENTAR  
**Die unsichtbare Krise  
Zur Situation Geflüchteter**  
Von Katja Labidi



32

HUMANISTS INTERNATIONAL  
**Dem freien Europa droht Gefahr**  
Von Christa Compas

diesseits gibt's auch online zum **kostenlosen** Download:  
[www.diesseits.de/download](http://www.diesseits.de/download)

Foto Cover: Flickr; Creative Commons/GoToVan (CC BY 2.0); Foto Regale: Wikimedia Commons/BlueBreezeWiki (CC BY-SA 3.0); Foto Lau: Fotofotografien; Foto Pumpe: 3197998 Pixabay-Lizenz; Armbrusterbib; Foto Polizei: Pixabay-Lizenz; Markuspsiske; Foto Wilmes: Louisa Mahlke;

# Editorial

Liebe Humanist\*innen,

»Alles außer Corona!« – so lautet der Titel dieser *diesseits*-Ausgabe. Denn Corona ist seit Wochen und Monaten überall – und manch eine\*r ist des Themas sicher inzwischen überdrüssig. Doch natürlich kommen auch wir nicht an der Pandemie vorbei und müssen uns ihrer annehmen. Denn auf der ganzen Welt erleben Menschen seit Monaten eine beispiellose Krise. Längst sind nicht alle Auswirkungen abzusehen. Viele Probleme werden durch das Coronavirus sichtbar verschärft, andere Krisen gehen in der medialen Berichterstattung unter und erhalten nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit.

In dieser Ausgabe wollen wir uns daher dem Thema »Krise« aus humanistischer Perspektive nähern: Was können wir in Krisenzeiten tun? Welche humanistischen Interventionen sind möglich? Wie können wir umgehen mit Problemen, die durch Corona sichtbar wurden und werden? Wie gehen wir damit um, dass andere Probleme und Krisen aus dem Blickfeld gerieten?

Wir werden Krisen umso eher bewältigen, je besser wir ihre Ursachen und Lösungsmöglichkeiten untersuchen, bisweilen auch, je näher wir zusammenrücken. Natürlich nicht physisch – hier werden wir noch eine ganze Weile auf Abstand bleiben müssen –, aber auf einer menschlichen, einer humanen Ebene. Machen Sie sich die Mühe des Selberdenkens, suchen Sie nach Lösungen in fruchtbarem Palaver, und – vor allen Dingen – bleiben Sie gesund!

Ihr

**Erwin Kress**  
Vorstandssprecher  
Humanistischer Verband Deutschlands – Bundesverband

## Impressum

**Herausgeber (V.i.S.d.P.):** Erwin Kress im Auftrag des Humanistischen Verbandes Deutschlands – Bundesverband, erwin.kress@humanismus.de  
**Redaktion & Anzeigen:** Lydia Skrabania, redaktion@diesseits.de  
**Layout:** Alexander Paul, www.alex-grafik.de  
**Druck:** Newprint blue GmbH, Berliner Str. 13–14, 10715 Berlin  
**Abonent\*innenservice:** Sabine Schermele, abo@diesseits.de  
**Redaktionsanschrift:** *diesseits* – Das humanistische Magazin, c/o HVD Bundesverband, Wallstr. 61, 10179 Berlin, Tel.: 030 613904-61, E-Mail: info@diesseits.de, Web: www.diesseits.de  
**Bildnachweise:** Alle in *diesseits* verwendeten Bilder wurden im Einklang mit den Bestimmungen der jeweiligen Rechteinhaber verwendet. Sämtliche Rechte liegen bei den Urhebern.  
**Erscheinungsweise:** 2020 erscheinen zwei Ausgaben von *diesseits*.

**An dieser Ausgabe haben mitgewirkt:** Hubert Cancik, Christa Compas, Till Eichenauer, Jens Hebebrand, Matthias Krahe, Elke Krämer, Erwin Kress, Katja Labidi, Rainer Marczinowski, Gita Neumann, Bruno Osuch, Peter Reichl, Sabine Schermele, Luise Schirmer, Michael Schmidt, Ralf Schöppner, Frieder Otto Wolf.  
Beiträge von Gastautor\*innen entsprechen nicht zwangsläufig der Meinung des Herausgebers. Die *diesseits*-Redaktion bemüht sich um geschlechtergerechte und inklusive Sprache. Auch unsere Gastautor\*innen sind angehalten, hierauf Rücksicht zu nehmen, die Redaktion nimmt jedoch keine diesbezüglichen Änderungen an Originaltexten vor.  
Spendenkonto: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE41 1002 0500 0003 3271 01, BIC: BFSWDE33BER.  
Bankverbindung für die Abonnements: HVD Bundesverband, Bank für Sozialwirtschaft, IBAN: DE68 1002 0500 0003 3271 00, BIC: BFSWDE33BER

Foto Bank: Pixabay-Lizenz; 2964894 Oudemuis / Adobe Stock; 206067181 Helfpoint; Foto Zeite: Pixabay-Lizenz; JDBlack; Foto T-Shirt: Wikimedia Commons/Rusrus (CC BY-SA 4.0); Foto Kress: Evelin Freik

## 03 Editorial

HVD AKTUELL  
**HVD im bundesweiten Verein  
»Orte der Demokratiegeschichte«**  
Von Bruno Osuch

04

HVD AKTUELL  
**Neue Arbeitsgruppe für eine  
humanistische Seelsorge**  
Von Elke Krämer

05

**Eine Vorstellung der Reihe  
»Humanistische Porträts«**  
Von Hubert Cancik

25

ZUR DEBATTE  
**Humanismus und Corona: Fünf Fragen**  
Von Ralf Schöppner

34

KOMMENTAR  
**Milliarden im Sinne des  
praktischen Humanismus**  
Von Frieder Otto Wolf

38

**Lebensfeiern in Krisenzeiten**  
Von Jens Hebebrand

40

GESCHICHTE & GEGENWART  
**Eine deutsche Karriere:  
Das Doppelleben des  
Artur Wilke**  
Von Michael Schmidt

42

RÜCKBLICK  
**Die erste digitale Welt-  
humanist\*innenwoche  
des HVD Berlin-Brandenburg**  
Von Luise Schirmer

46

# HVD Bundesverband neues Mitglied im bundesweiten Verein »Orte der Demokratiegeschichte«

Von Bruno Osuch

Die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern – das ist das Ziel der Arbeitsgemeinschaft »Orte der Demokratiegeschichte«. Der zeitliche Bogen reicht dabei von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart. Über Thementage, eine gemeinsame Internetpräsenz, wissenschaftlichen Austausch und die Entwicklung von Bildungsangeboten möchte sich die Arbeitsgemeinschaft dafür einsetzen, die Erinnerungskultur zur deutschen Demokratiegeschichte bundesweit stärker zu fördern und darüber demokratische Teilhabe und Zivilcourage anzuregen. Gefördert wird der im Juni 2017 in Berlin gegründete Verein durch die Beauftragte für Kultur und Medien der Bundesregierung.

Seit Mai 2020 gehört auch der HVD Bundesverband zu den sehr vielfältigen, aktuell 50 Mit-

gliedern der Arbeitsgemeinschaft. Zum Teil handelt es sich hierbei um größere Einrichtungen und Stiftungen wie etwa die Friedrich-Ebert-Stiftung, zum Teil um kleinere Vereine wie den »Friedhof der Märzgefallenen« aus Berlin oder das »Erich-Maria-Remarque-Friedenszentrum« in Osnabrück.

Ein erster Schwerpunkt des HVD innerhalb der Arbeitsgemeinschaft wird der Fokus auf weltliche Schulen in der Weimarer Republik sein. Diese waren oftmals Zentren einer progressiven und sozialemanzipatorischen Pädagogik, in denen durch die aktive Teilhabe von Schüler\*innen und Eltern gerade dieser Aspekt der Zivilcourage wesentlich gefördert wurde. In der Folge leisteten viele der Lehrkräfte und Schüler\*innen nach 1933 Widerstand. Ihre Geschichte und Bedeutung wurde bisher viel zu wenig beachtet und erforscht – der HVD möchte hierzu einen Beitrag leisten. ●

*Klasse einer Weltlichen Schule in Herne, 1921.*



# Neue Arbeitsgruppe für eine bundesweite humanistische Seelsorge

Von Elke Krämer

Vergesst das Gehirn und denkt die Seele« – Mit diesen Worten beginnt ein Beitrag im humanistischen Magazin *diesseits* aus dem Jahr 2014 von Dr. Ralf Schöppner, dem Geschäftsführenden Direktor der Humanistischen Akademie Deutschland. Das Wort »Seele« lässt so manchen Humanist\*innen die Haare zu Berge stehen, denn der Begriff wird heute in erster Linie mit der Religion verbunden. Doch er hat eine sehr viel ältere Geschichte, die zurück reicht bis in die Antike. Schon bei Sokrates und Platon hatte die Seelsorge – *psyche therapeia* – große Bedeutung. Bei der Seelsorge handelt es sich also keinesfalls um religiös begründete Weisheiten, sondern ihr liegt ein durchaus humanistisches Gedankengut zugrunde: Die (Seel-)Sorge gilt auch menschlichen Lebensbedingungen, menschlichem Verhalten und menschlichen Beziehungen.

Seit langem gibt es innerhalb des HVD Bestrebungen, eine humanistische Seelsorge zu etablieren, damit auch religionsfreie und religionsferne Menschen adäquate Ansprechpartner\*innen finden. Vor rund zehn Jahren wurde bereits einmal eine Beratungsausbildung vom HVD angeboten. Nun soll es einen erneuten Anlauf geben, der das Thema mit den vereinten Kräften aller Landesverbände wiederbeleben soll. Auf Anregung von Hedwig Toth-Schmitz, die im Bundesvorstand für die gesellschaftspolitische Netzwerkarbeit zuständig ist, haben sich Mitglieder aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Thüringen und Berlin-Brandenburg sowie dem Stadtverband Dresden in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. Ziel ist es, eine einheitliche Grundlage für die humanistische Seelsorge im Humanistischen Verband zu erarbeiten.

Im Rahmen intensiver Beratungen und Gespräche wurden viele verschiedene Handlungsfelder identifiziert: von der Seelsorge im

Militär oder Krankenhaus, für Angehörige von Polizei oder Rettungsdiensten über Trauerbegleitung und Humanistische Beratung jenseits von Krisen bis hin zu einer allgemeinen Telefonseelsorge. Die Arbeitsgemeinschaft ist bereits tätig geworden und hat begonnen, Arbeitsmaterialien zusammenzutragen, die eine explizit weltliche, humanistische Perspektive auf das Thema Seelsorge aufzeigen. Ziel ist es, Standards auf Bundesebene zu entwickeln und Kontakte zu in- und ausländischen Trägern humanistischer Beratung und Seelsorge zu knüpfen.

Um den Bedarf an ehrenamtlichen, aber auch hauptamtlichen Beratungskräften abzudecken, ist es sinnvoll, ein überregionales, breit gefächertes Netzwerk aufzubauen. Eine Schulung in Form eines bundesweiten Fernstudiums wäre hier vorstellbar. Aber auch nach der Ausbildung und während ihrer Arbeit sollten alle Seelsorger\*innen und Berater\*innen in einen intensiven Erfahrungsaustausch, in Weiterbildungen und Supervision eingebunden sein. Als potenzielle Träger kommen hier auch die Humanistischen Akademien auf Bundes- und Landesebene infrage.

Klar ist: Eine alternative Seelsorge wird gebraucht. Denn Humanist\*innen haben, genau wie alle anderen religionsfrei lebenden Menschen, ein Recht auf ein Angebot an Gesprächen, Begleitung und Beratung, das ihrer eigenen Weltanschauung entspricht. Gemeinsam kann es uns gelingen, ein Angebot zu etablieren, das eine erkennbare Orientierung an humanistischen Werten und philosophischen Grundlagen bietet.

Uns ist bewusst, dass es sich um ein Projekt mit riesigen Dimensionen handelt, bei dem wir viel Unterstützung brauchen werden. Wer bereit ist, sich persönlich einzusetzen, ist herzlich willkommen und kann sich unter der E-Mail-Adresse [seelsorge@humanisten.de](mailto:seelsorge@humanisten.de) melden. ●

# Humanistisch-ethisches Handeln in globalen Krisenzeiten

Von Rainer Marcinowski

Die Corona-Pandemie und andere Krisen stehen bei genauer Betrachtung in einem Bedingungs- und Wirkungszusammenhang. Sie sind auch nicht besonders überraschend. Für Humanisten werden hier große Herausforderungen abgebildet, denn mehr denn je muss humanistische Haltung zu einem humanistisch-ethischen Handeln in ganz praktischem Sinne führen. Ein Plädoyer für einen Interventionalistischen Humanismus.



Die Corona-Pandemie war gewissermaßen eine angekündigte Krise. 2003 gab es SARS. Anfang Januar 2013 überreichte die Bundesregierung dem Bundestag den Experten-»Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012« mit einem Schwerpunkt »Pandemie durch Virus Modi-SARS«. Dort wurde eine durch ein hypothetisches, mit dem SARS-CoV vergleichbares Virus hervorgerufene Pandemie recht realistisch modelliert. Trotzdem wurde der Umbau der Gesundheitssysteme unter ökonomischem Diktat fortgesetzt, unter anderem durch den Abbau von (Pflege-)Personal und die Installation fragiler globaler Lieferketten für medizinisches Gerät, Material und Medikamente zulasten lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Produktions- und Lagerkapazitäten.

Der Klimawandel gehört ebenfalls zu den angekündigten Krisen: Die ersten weltweit wahrgenommenen, dringlichen, wissenschaftlich begründeten Warnungen sind bald 50 Jahre alt. Auch alles andere als brandneu ist, dass das Einbringen von Giften und Müll in die Umwelt die biologischen Systeme gefährdet; Mikroplastik zum Beispiel ist inzwischen in den ozeanischen Sedimenten global nachgewiesen. Ebenfalls seit vielen Jahren sehr gut dokumentiert ist das rasante weltweite Artensterben, das unter anderem auf unsere Art der Lebensmittelproduktion und die industrielle Übernutzung der Natur zurückzuführen ist. Ganze Lebensräume für Pflanzen und Tiere verschwinden oder werden auf eine Größenordnung reduziert, die ihnen die Erfüllung ihrer komplexen Ökosystem-Funktionen nicht mehr erlaubt. Das Tempo all dieser menschengemachten Entwicklungen ist inzwischen derart hoch, dass viele Arten, die zur Anpassung an veränderte Umweltbedingungen viel längere Zeiträume benötigen, schlichtweg aussterben.

Und wir sollten Wirtschaftskrisen nicht vergessen: die sogenannte Finanzkrise 2008 und die sich anbahnende erneute systemische Krise des Kapitalismus, auf die Corona wie ein Katalysator wirkt. Unglaubliche Summen werden jetzt bewegt, um die angeschlagenen Ökonomien zu retten – und, wie sich bereits abzeichnet, meistens ohne verbundene Kurskorrekturen in Richtung Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und so weiter. Üblicherweise sind solche »Rettungspakete« auch riesige, letztlich aus Individualsteuern und aus Ein-

Vor dem Virus sind eben nicht alle gleich; Gesundheit ist auch eine soziale Frage.

sparungen bei der sozialen Infrastruktur gespeiste Umverteilungsmaschinen hin zu den großen Vermögen (auch wenn durchaus nicht unerhebliche Mittel für Arbeitende, Mieter, Kleingewerbetreibende und weitere freigesetzt wurden).

Als Europäer sollten wir auch bedenken: Die »Drillings-Pandemien« von Corona, Armut sowie Klimawandel und Umweltzerstörung treffen große Teile des Globalen Südens erheblich stärker als den Globalen Norden. Hunger, Durst und Krankheit als Folgen von Armut sind in vielen afrikanischen, aber auch asiatischen Ländern allgegenwärtig. Trotz seiner niedrigen CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu anderen Ländern droht Bangladesch aufgrund des ansteigenden Meeresspiegels (als Klimawandelfolge) im Meer zu versinken, weshalb Millionen Menschen in einer absehbaren Zukunft zu Geflüchteten werden. Und vor dem Virus sind eben nicht alle gleich; Gesundheit ist auch eine soziale Frage. All dies sind keine fernen Probleme. Sie fordern unsere Empathie heraus, sie erhöhen den Migrationsdruck innerhalb der betroffenen Länder und in Richtung Europa, sie stellen unser ökonomisches Handeln in und gegenüber diesen Ländern in Frage und fordern Antworten – von uns.

## Humanistische Ethik – Humanistische Interventionen

So viele Krisen. Sind wir noch zu retten? Oder besser: Können wir uns noch retten? Für Humanisten ergibt diese Frage wenig Sinn. Wie optimistisch oder pessimistisch wir individuell auch gestrickt sind, so werden wir nie die Hoffnung auf und das Bemühen um eine lebenswerte Zukunft aufgeben. Die Corona-Krise hat auch die anderen Krisen (Klima, Umwelt, Wirtschaft) zusätzlich beleuchtet: Im Grunde gibt es keinen Mangel an wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern an daraus abgeleitetem, entschlossenem Handeln. Mehr Menschen als zuvor ahnen oder erkennen die Zusammenhänge zwischen diesen Krisen und den

## Auch unter Humanisten ist durchaus umstritten, welche Handlungsmöglichkeiten dem einzelnen Menschen als Individuum mit welcher Reichweite, mit welcher Wirkungsmacht zur Verfügung stehen.

Zusammenhang der diversen Krisen mit unserer Wirtschaftsweise und stellen sich vielleicht erstmals der Frage nach einem Systemwandel – in einzelnen Sektoren oder »im Großen und Ganzen«. Daraus ergeben sich Anknüpfungspunkte für humanistische Interventionen – im persönlichen als auch im beruflichen Umfeld, in Gruppen, Vereinen, Verbänden, Organisationen, in beziehungsweise gegenüber der Politik. Jede\*r nach den jeweils eigenen Voraussetzungen, Möglichkeiten, Bedingungen. Die letzte Ausgabe der *diesseits* zeigte im Rahmen des Schwerpunktes »Aktivismus – Humanismus, der sich einmischt« interessante und vielfältige Beispiele humanistischer Intervention.

Auch unter Humanisten ist durchaus umstritten, welche Handlungsmöglichkeiten dem einzelnen Menschen als Individuum mit welcher Reichweite, mit welcher Wirkungsmacht zur Verfügung stehen, und welche moralische Verantwortung für sein Handeln oder Unterlassen ihn trifft. Nikil Mukerji und Kollegen arbeiten an der Ludwig-Maximilians-Universität München zu Themen wie »Ethik des Klimawandels« und kommen bei ihren Forschungen zu dem Ergebnis, dass nicht dem

Individuum (mangels kausaler Kontrolle), sondern vor allem normativ strukturierten Gemeinschaften eine moralische Verantwortung für ihr Handeln zuzuschreiben sei und sie deshalb auch zur Verantwortung zu ziehen seien – zum Beispiel für ihren Beitrag zum Klimawandel. »Der ethische Diskurs über den Klimawandel sollte sich stärker auf mächtige gesellschaftliche Gruppen konzentrieren«, schreibt Nikil Mukerji in einem FAZ-Artikel.<sup>1</sup>

### Wirkung entfalten

Sicher, der Einzelne kann versuchen, sein Verhalten mit Vorstellungen von Nachhaltigkeit, Ressourcenschonung etc. in Einklang zu bringen. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist das individuell jedoch kaum zu schaffen, und selbst wenn, wäre der persönliche Einfluss auf solch große Prozesse nicht messbar. »Meine Alltagspraxis ist in eine Struktur eingebaut, die mich in Richtung Zerstörerseite drückt«, erläutert die Klimapolitik-Expertin Maja Göpel erfrischend unakademisch, wie es nur in einem Interview möglich ist: »Ich glaube, viele Verbote würden sehr viele Menschen jetzt einfach mal befreien. Dieses schlechte Gewissen an der Kasse tilgen, wenn ich weiß, ich muss nicht immer mit meinem Smartphone alles erst mal scannen, um zu gucken, ob das Produkt jetzt das Allerschlimmste ist. Oder zu wissen, dass nicht nur ich mich einschränke, sondern dass es alle tun.«<sup>2</sup>

Vieles verweist darauf, dass wir gesellschaftliche Wirksamkeit erst in kooperativer Praxis, in Gruppen, Initiativen, Organisationen und Bewegungen entfalten können. Und dass wir Regeln brauchen: neue. Auch Verbote – denn die können unter Umständen zugleich Gebote beziehungsweise eine positive Orientierung und Raumöffnung für das Neue abbilden. So verstandene Verbote

können auch konsensual herbeigeführt werden, als in Regelwerk gegossene Übereinkunft darüber, was Vergangenheit und was Zukunft sein soll.

Ein Systemwandel (zum Beispiel im Sinne von Nachhaltigkeitstransformation), selbst nur in einem Teilbereich, muss verlässlich mit sozialer Absicherung verbunden sein, sonst ist er nicht durchsetzungsfähig. Für die gesellschaftliche Akzeptanz muss er demokratisch organisiert sein. Demokratisch-prozessuale Herleitung ist auch erforderlich, um der Okkupation solcher Wandelprozesse durch Partikularinteressen vorzubeugen. Im Rahmen der Routinen parlamentarisch-repräsentativer Demokratie allein kann dies nicht gelingen. Menschen müssen sich in solchen Transformationsprozessen mit ihren Erwartungen, Hoffnungen, Ängsten und auch mit ihrer Expertise (ihren Erfahrungen, ihrem Wissen) wiederfinden. Maja Göpel betont im genannten Interview, wie wichtig es sei, »die regionale oder die lokale Ebene zu stärken, weil ich glaube, dass die Kategorie der Selbstwirksamkeit für Menschen ganz zentral ist. Dieses Gefühl von: Ich kann gestalten, ich habe Einfluss darauf, mein Leben in die Hand zu nehmen – und ich kann mich auch darauf verlassen, dass die Menschen gar nicht so selbstversessen sind, die neben mir wohnen, sondern dass wir auch Dinge zusammen machen können.«

Die riesigen Dimensionen der globalen Krisen können Menschen verzweifeln lassen oder (aus unterschiedlichen Motiven) verleiten, dieses Geschehen zu verdrängen, zu bagatellisieren, zu leugnen. Verzweiflung, Verdrängung oder Leugnung sind jedoch keine hilfreichen Optionen – »Status quo« ist vorbei.

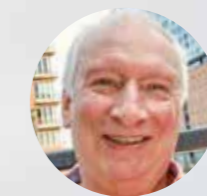
Als Humanisten können wir uns gegenseitig und andere Menschen darin unterstützen, den kri-

senhaften Entwicklungen sowohl emotional als auch rational angemessen zu begegnen – indem wir zum Beispiel der emotionalen Betroffenheit den analytischen Blick zur Seite stellen, die Mechanismen unserer Informationsaneignung und Meinungsbildung hinterfragen, der Wissenschaft eine Lanze brechen, eine demokratische und kritisch-solidarische Debattenkultur in der Gesellschaft stärken und für wirkungsvolles Handeln unser kreatives Potenzial entfalten. Wir werden Bündnisse eingehen und alle Bühnen nutzen müssen; die Straßen und soziale Medien gehören dazu. Weit über die Angebote des institutionellen Humanismus hinaus müssen wir praktisch sein. »Humanistische Werte haben nur dann Bedeutung, wenn sie umgesetzt werden; wenn sie bestimmen, wie wir entscheiden und wie wir unser Leben gestalten,« schreibt James Croft, Humanist und Antirassismus-Aktivist in den USA, der sich unter anderem in der *Black Lives Matter* Bewegung engagiert.<sup>3</sup> Deshalb: In Zeiten globaler Krisen muss Humanismus mehr denn je *interventionistischer Humanismus* sein. ●

1 FAZ, 25.09.2019, »Zur Ethik des Klimawandels – Warum der Einzelne zu entlasten ist«

2 taz Futurzwei Ausgabe 10, 2019

3 *diesseits*, Ausgabe 126, 2019



Rainer Marcinowski, Jahrgang 1948, war für den Aufbau eines Sozialunternehmens (Kitas) und bis 2009 für dessen Leitung verantwortlich und engagierte sich in diesem Kontext u.a. für den Paritätischen und Elterninitiativen. Er ist HVD-Mitglied im niedersächsischen Oldenburg und kulturbegeistert. Zu allen Events und auch sonst fährt er mit der Bahn, da er sich im Dezember 2019 ersatzlos von seinem Diesel-PKW getrennt hat.

# »Wir müssen auch jetzt wachsam und solidarisch sein«

Das Interview führte Till Eichenauer

Das Team der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle in Berlin beschäftigt sich täglich mit Krisen, persönlichen Wendepunkten und existenziellen Entscheidungen. Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen veränderten natürlich auch die Arbeitsbedingungen der Beraterinnen. **Chris Heike Lau** arbeitet seit fast 20 Jahren in der Schwangerschaftskonfliktberatung. Im Interview berichtet sie von ihren Erfahrungen der vergangenen Monate und davon, welche bestehenden Defizite hinsichtlich der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen die Coronakrise sichtbarer gemacht und auch weiter verschärft hat.

**C**hris, wie hat sich deine Arbeit durch die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Maßnahmen verändert? Konnte dein Team das Beratungsangebot weiter aufrechterhalten?

Alle Beratungen, die wir sonst durchführen, finden immer »face-to-face«, also im direkten persönlichen Kontakt mit den Klient\*innen statt. Die Corona-Maßnahmen waren hier ein echter Einschnitt. Wir mussten uns von Grund auf neu orientieren und organisieren, denn unsere oberste Priorität war, das Beratungsangebot für die Frauen auf-



## Chris Heike Lau

ist Diplom-Sozial- und Sexualpädagogin. Seit 2001 arbeitet sie in der Schwangerschaftskonfliktberatung (SKB) des HVD Berlin-Brandenburg.

rechtzuerhalten und gleichzeitig die Gesundheit unserer Beraterinnen zu schützen. Die Pflichtberatungen, wie auch die psychologischen und sozialen Beratungen, wurden deshalb vorwiegend telefonisch durchgeführt. Aber wir bieten auch immer noch persönliche Treffen an, wenn es nötig und gewünscht ist – eine gehörlose Frau kann nicht am Telefon beraten werden. Gruppenveranstaltungen waren natürlich nicht mehr möglich. So mussten wir immer wieder auf neue Maßnahmen und Verordnungen reagieren – aber wir haben es geschafft: Unser Angebot war durchgängig zugänglich. Für uns stand nie zur Debatte, dass wir die Beratungsstelle schließen.

**Wie hat die Politik in der kritischen Phase reagiert? Wurdet ihr ausreichend unterstützt oder hättet ihr euch mehr Hilfe gewünscht?**

Hier wurde sehr schnell reagiert. Bereits am 26. März hatte die Bundesfamilienministerin Giffey verkündet, dass das Beratungsangebot für Frauen weiter zugänglich bleiben muss. Um gleichzeitig den Schutz der Frauen und der Beraterinnen zu gewährleisten, wurde die Umstellung auf Telefonberatung möglich gemacht. Gerade zu Beginn gab es noch viele Unsicherheiten, aber wir waren immer in sehr engem Austausch mit den anderen Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen des Paritätischen Dachverbandes und mit der Senatsverwaltung.

Dennoch denke ich, dass die Defizite, die es schon immer gibt, jetzt nochmal klarer und schärfer zu Tage gekommen sind. Wo bekommen denn Frauen Informationen über Ärzt\*innen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen? Besonders in Gegenden, wo es ohnehin schon weniger Mediziner\*innen gibt, die diese anbieten, hat sich die Versorgungslage durch Corona noch einmal verschlechtert: Fehlende Schutzkleidung hat zum Beispiel das *Carl-von-Basedow-Klinikum* im Saalekreis zu Beginn der Pandemie bewogen, keine Abbrüche mehr anzubieten. Wie Profamilia in Ostbayern berichtete, hat ein Mediziner aufgrund der Corona-Krisensituation jetzt seine Praxis schließen müssen. Er war einer der wenigen Ärzte, der in der Region noch Schwangerschaftsabbrüche angeboten hatte.

**Was hat sich für betroffene Frauen in der Corona-Zeit verändert?**

Viele waren natürlich verunsichert. Frauen, die sich in der Situation eines Schwangerschaftsab-

bruches befinden, müssen so viel Termine im Kopf haben. Jetzt war natürlich die Frage: Wie bekomme ich einen Beratungsschein? Hat die Arztpraxis überhaupt noch auf? Was ist mit der Kostenerstattung der Krankenkassen? Aber gerade hier in Berlin hat das alles gut funktioniert: Alle Beratungsstellen, mit denen wir in Kontakt sind, waren geöffnet und auch die Arztpraxen haben weitergearbeitet. Im ländlichen Raum ist die Situation, wie gesagt, oft schwieriger.

**Hatte die Pandemie-Situation deiner Meinung nach Einfluss auf die Beweggründe der Frauen, die bei euch eine Beratung gesucht haben?**

Im Gespräch mit den Frauen wurde nur sehr selten die aktuelle Situation um das Coronavirus oder überhaupt die globale oder politische Lage als Auslöser für einen Schwangerschaftsabbruch genannt. In den allermeisten Fällen sind es immer noch sehr individuelle Gründe, wie partnerschaftliche Probleme oder eine wirtschaftliche Schieflage – die natürlich in vielen Fällen durch die Krise verschärft wurden.

**Machst du dir Sorgen, dass das Recht auf sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung durch die Corona-Krise in Gefahr geraten ist?**

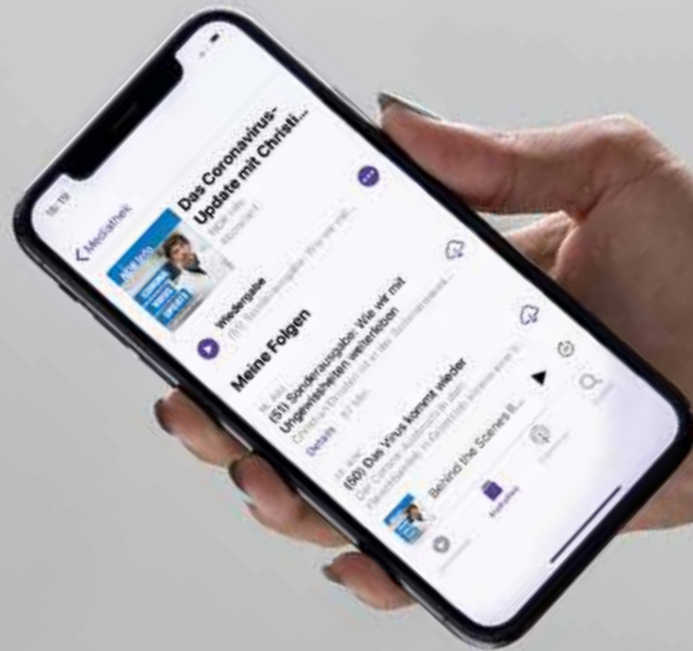
Ja, die Gefahr sehe ich. Viele wichtige Angebote können wir zurzeit einfach nicht anbieten. Zum Beispiel finden die sexualpädagogischen Präventionsveranstaltungen in Schulen seit Monaten nicht statt. Gleichzeitig bekämpfen auch in Zeiten von Corona fundamentalistisch-religiöse und reaktionäre Gruppen weiter die Rechte der Frauen. Wir müssen auch jetzt wachsam und solidarisch sein und diese Rechte verteidigen! Dazu gehört Aufklärung in Schulen von Anfang an, individuelle Stärkung der Frauen in den Beratungen, Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung und Aktionen wie zum Beispiel die *#unteilbar*-Demonstrationen. Am 19. September 2020 steht der Aktionstag vom *Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung* an. Wir müssen uns einbringen, damit die Politik endlich aufmerksam wird auf diesen langen Kampf und unsere Forderungen hört: Streichung des Paragraphen 219 StGB und eine bessere Förderung und Entlastung von Familien. Es hat sich gezeigt, dass Frauen von dieser Krise viel stärker betroffen sind und die Belastungen viel mehr an ihnen hängen bleiben. Das muss sich ändern.

**Danke für das Gespräch!**

# Die Rolle von Wissenschaft und Ethik in Zeiten von Corona und Klimawandel

Von Peter Reichl

Wissenschaften können Antworten auf die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft liefern, schreiben aber nicht vor, was zu tun ist. Im Falle der Corona-Pandemie wurden infolge wissenschaftlicher Handlungsempfehlungen Ausgangsbeschränkungen, Abstandsregelungen oder auch die Maskenpflicht in bestimmten öffentlichen Räumen erlassen. Wie lassen sich Einschränkungen unserer Freizügigkeit oder unserer Freiheit ethisch begründen?



In der Corona- wie auch der Klimakrise sind die Wissenschaften besonders gefragt, doch speziell im Fall »Corona« werden falsche Vorstellungen über die Arbeitsweise der einschlägigen Wissenschaften deutlich.

Naturwissenschaftler<sup>1</sup> »glauben« nicht, sondern stellen Hypothesen auf, die sie prüfen und zu widerlegen versuchen. Natürlich sind Hypothesen und Modelle kontrovers und vor allem durch ständige Korrektur kommen wir zu besseren Erklärungen und Prognosen. Dass der Disput dabei zur Wissenschaft gehört und nichts mit der krawalligen Streit-»Kultur« mancher Talkshows zu tun hat, muss von vielen erst gelernt werden.

Die Beleglast liegt grundsätzlich bei dem, der die Existenz von etwas behauptet, denn Existenzaussagen sind leichter zu belegen als zu widerlegen. Die Existenz eines Einhorns kann durch Nachweis desselben belegt werden, seine Nichtexistenz zu belegen ist schlicht unmöglich, wobei aus dieser Unmöglichkeit nicht seine Existenz folgt. Diesem Denkfehler begegnet man oft in Verschwörungsmäthen, in denen es von unbelegten Existenzbehauptungen nur so wimmelt und man überlege sich die Konsequenzen, wenn wir alles gelten lassen müssten, was wir nicht widerlegen können.

Vorgeworfen wird Wissenschaftlern und Fachleuten Einseitigkeit und Alleinvertretungsanspruch (Biologismus- und Reduktionismusvorwurf) sowie Widersprüchlichkeit und Mehrdeutigkeit. Letztere entstehen aus einem Bedürfnis nach Eindeutigkeit sowie Sicherheit und werden formuliert in Sätzen wie »Drei Experten – drei Auffassungen«, »Virologen ändern alle paar Tage ihre Meinung«, und so weiter.

Von all dieser Kritik war zu Beginn der Pandemie noch nichts zu hören. In der von Angst und Ungewissheit geprägten Anfangsphase wurde plötzlich Wissenschaft wichtig und den Wissenschaftlern und Experten wurde wie selten zuvor zugehört und mit hohen Erwartungen begegnet.

Die Erkenntnisse der Virologen und Epidemiologen führten hinsichtlich SARS-CoV-2 bzw. COVID-19 zu erfolgreichen Handlungsanweisen und einem günstigeren Verlauf des Infektionsgeschehens in Deutschland. Trotzdem – oder vielleicht

muss man sagen, gerade weil die Maßnahmen erfolgreich waren – kam es nach einigen Wochen zunehmender Belastung durch die Einschränkungen allmählich zur Kritik an Wissenschaftlern und Fachleuten. Der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar kommentierte die Situation mit dem Satz: »Wir schaffen die Feuerwehr ab, denn es hat nicht gebrannt«.

Doch Teile der Bevölkerung hatten die Einschränkungen offenbar satt (»ich lass' mich nicht einsperren«, der »Mundschutz ist ein Maulkorb«), Wirtschaftsverbände sahen den »drohenden Zusammenbruch der Wirtschaft«, Politiker fürchteten um Stimmen usw. und es entstand eine ethische Diskussion um die Berechtigung der unter anderem die Freizügigkeit einschränkenden Maßnahmen.

## Die ethische Debatte – Formale und inhaltliche Begründungen

Wissenschaftler geben also wissenschaftlich begründete Empfehlungen. Wie aber werden die daraus resultierenden Handlungsnormen moralisch gerechtfertigt?

Neben den inhaltlichen Grundnormen (Grundrechte), auf die die Begründung moralischer Handlungsvorschriften zurückgeführt werden kann, gibt es formale Anforderungen, denen moralische Normen und ihre Begründungen genügen müssen.

So kann man für die Auffassung nicht vernünftig argumentieren, selbst etwas tun zu dürfen, was man, wäre man von den Folgen dieses Tuns betroffen, ablehnen würde (Anforderung der **Gleichbeurteilung** gleicher Fälle). Zum Beispiel könnte man angesichts der Tatsache, dass das Tragen einer Mund-Nasen-Maske, die für andere eine Schutzwirkung hat, nicht vernünftig geltend machen, dass man selbst, etwa aus Unbequemlichkeitsgründen, auf das Tragen verzichtet und dennoch den Schutz genießt.

In Bezug auf den Klimaschutz ist es nicht vernünftig begründbar, heute die Umwelt durch nicht-existentielle luxuriöse Interessen zu schädigen und damit künftige Generationen irreversibel zu belasten, also in eine Lage zu versetzen, die man selbst vehement ablehnen würde.

Die Anforderung der **Allgemeingültigkeit** verlangt, dass moralische Normen jedermann unabhängig von besonderen Glaubensüberzeugungen einsichtig gemacht werden können. So kann eine Begründung mit einem bestimmten Glaubensgebot oder mit dem Hinweis auf nur für den Argumentierenden existierende Mächte nicht für jedermann geltend gemacht werden. Für die Befolgung der genannten Rationalitätskriterien der Ethik kann man wie auch für die wissenschaftlichen Standardforderungen nur mit Plausibilisierungen argumentieren, also in der Weise, dass man auf die unerfreulichen Folgen des Verzichts auf diese Kriterien hinweist.

Die Kritik der Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen wurde inhaltlich begründet mit den Grundrechten auf Leben und Unversehrtheit unter Beachtung des Infektionsschutzgesetzes. Die Kritiker der Auflagen zum Schutz vor Ansteckung durch Corona beziehen sich unter anderem auf die Freiheitsrechte. Einschlägig ist Artikel 2 des Grundgesetzes:

- (1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
- (2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Dabei bedeutet die Reihenfolge keine Priorität. Wie ist eine Abwägung der Grundrechte vorzunehmen unter Beachtung ihrer Gleichwertigkeit? Dazu sagt das Bundesverfassungsgericht, dass das Grundrecht auf Leben und Unversehrtheit »vitale Basis der Menschenwürde und die Voraussetzung aller ande-

ren Grundrechte ist«. Dementsprechend erlaubt das Infektionsschutzgesetz dem Staat, notwendige Regeln zu erlassen, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, wobei auch Grundrechte eingeschränkt werden dürfen. Dabei müssen die Regeln geeignet, erforderlich, angemessen und erlaubt sein.

### Entscheidungen bei Ungewissheit – Risikoethik

Aber nicht nur die Beachtung der Verhältnismäßigkeit ist bei der Auswahl der Maßnahmen gefordert, sondern zu berücksichtigen ist ferner, dass wir wegen der prinzipiellen Fehlbarkeit und Unsicherheit unserer Erkenntnisse nicht unter Gewissheit, sondern unter Risiko entscheiden müssen. Daher sollten die Handlungsmöglichkeiten auf Risikominimierung hin analysiert und ausgewählt und ein Vorgehen gewählt werden, das eine Korrektur erlaubt und keine unumkehrbaren Folgen hat.

So waren die Corona-Maßnahmen von Vorher- und Vorsicht geprägt und es gelang, den Verlauf der Pandemie weitgehend unter Kontrolle zu halten, wobei vermieden wurde, einer sich selbst beschleunigenden Entwicklung mit ernststen Folgen hinterherlaufen zu müssen. Und auch für das weitere Vorgehen gilt, dass die unumgängliche ständige Korrektur und Erweiterung der Erkenntnisse im Forschungsverlauf uns zur Vorsicht mahnen bei der Wahl weiterer Maßnahmen.

### Die Kosten der Untätigkeit

Daher rät der überwiegende Anteil der Wissenschaftler auch nach dem Absinken der Infektions-

zahlen angesichts der risikoethischen Überlegungen weiterhin zur Vorsicht. Es ist an uns einzusehen, dass, wenn bestimmte vorübergehende Einschränkungen der Freiheit nicht hingenommen werden, ein viel größerer Verlust von Freiheit drohen kann. Wir liefen dem Schaden von unumkehrbaren Entwicklungen, der dann vermutlich mit weitaus höheren Kosten und Einschränkungen verbunden sein würde, nur noch hinterher.

Dies gilt viel drängender noch für den Klimaschutz. Denn da helfen weder Abstand, Masken, kurzfristige Lockdowns oder Impfungen. Zwar werden die wissenschaftlich begründeten Befunde und Prognosen (mit Ausnahme weniger »Unbelehrbarer«) im Wesentlichen anerkannt. Aber sie lösen trotz der mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit – gesichert durch nahezu 99-prozentige Übereinstimmung aller weltweit damit befassten Wissenschaftler – prognostizierten dramatischen Folgen bei den politischen Entscheidungsträgern kaum entsprechende Reaktionen aus. Die Forderungen derer, die die Folgen der heutigen Unterlassungen zu spüren bekommen werden, werden oft mit dem Hinweis auf die Innovationsstärke der Wissenschaft abgespeist. »Die werden schon etwas entwickeln« ist eine Erwartungshaltung an die Wissenschaft von denen, die lieber alles beim Alten, also bei dem belassen wollen, dessen Scheitern längst erwiesen ist.

Die Klimakrise mag (noch) nicht so sichtbar sein, wie die Corona-Pandemie. Doch ihre Auswirkungen sind bereits deutlich spürbar, vor allem im Globalen Süden, doch auch bei uns, in den Verursacherländern. Bleiben wir jetzt untätig, werden

wir die massiven Folgen niemals bewältigen können, sondern stets den durch unsere Untätigkeit verursachten desaströsen Entwicklungen hinterherlaufen, mit massiven Einschränkungen unserer Lebensweise und vor allem der der kommenden Generationen. Denn der Preis der bewussten und eigenverantwortlichen Einschränkungen jetzt – zum Beispiel bei Reisen, Ernährung, Mobilität – ist nahezu vernachlässigbar gemessen am Preis der Untätigkeitsfolgen. Zwar trifft auch die Individuen wegen ihrer minimalen kausalen Beiträge eine, wenn auch begrenzte, Klimaverantwortung, aber ihre politische Wirksamkeit muss durch geeignete Aktionen, Demonstrationen, Zusammenschlüsse und Gruppenbildungen massiv verstärkt werden, um die Politik entsprechend zu beeinflussen. Wenn die Zivilgesellschaft sich mit der gleichen Bereitschaft wie in der Corona-Pandemie den für eine Erreichung der vereinbarten Klimaziele notwendigen Maßnahmen öffnet, gäbe es Grund zu Optimismus. ●

<sup>1</sup> Aus Gründen der besseren Lesbarkeit hat sich der Autor für die Verwendung des generischen Maskulinums entschieden, weist aber darauf hin, dass durch diese Formulierungen gleichermaßen weibliche und männliche Personen umfasst werden.



Peter Reichl, \*1942, Lehrer a. D. für Mathematik, Physik, Werte und Normen und Philosophie. War an der Entwicklung der Rahmenrichtlinien des Faches Werte und Normen und den EPA beteiligt. Mitglied im sowie Vortrags- und Seminaraktivität für den HVD Niedersachsen.

# Corona – Grenze der humanistischen Selbstbestimmung? Humanistische Werte jenseits von Gehorsam

Von Matthias Krahe

Wer im Laufe der noch immer andauernden Corona-Pandemie die unterschiedlichen Diskurse in sozialen Netzwerken verfolgt hat, wird häufiger auf ein Zitat von Hannah Arendt gestoßen sein: »Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen«<sup>1</sup>. Im Kontext der Maßnahmen zu Eindämmung der Pandemie wird es benutzt, um auf die massivsten Grundrechtseinschränkungen von Bürgerinnen und Bürgern seit Weltkriegsende hinzuweisen. Mit unterschiedlichen Intentionen.



Aus humanistischer Sicht kann das Zitat als vernunftbasiertes Korrektiv zu politischen Entscheidungen gelesen und mithin als eine Grundvoraussetzung freiheitlich-demokratischer Verfasstheit verstanden werden. Der Staat könne nicht auf den Gehorsam der Bevölkerung bauen, sondern müsse sich in seinem Handeln verantworten und geradezu mit Ungehorsam rechnen. Die humanistische Lesart führt zu einer fragenden, gar hinterfragenden Haltung aus der Position heraus, sich nicht hinter Gehorsam verstecken zu wollen.

Hannah Arendt wird in den sozialen Medien mit ihren Worten aber eben auch zitiert, um konkret zum Widerstand gegen die Maßnahmen der Bundesregierung wie Kontaktbeschränkungen, Verbote von Demonstrationen und Quarantänebestimmungen aufzurufen. Das vermeintlich abgesprochene Recht, zu gehorchen, wird zum Aufruf zu Ungehorsam und Widerstand. Verschwörungsnarrative bilden dabei den Nährboden für grundsätzliches Misstrauen gegenüber staatlichen Eindämmungsmaßnahmen, wissenschaftlichen und medizinischen Expertisen und letztlich gegenüber all jenen Bevölkerungsteilen, die die Einschränkungen unter teils großem persönlichen Verzicht und starken Belastungen dennoch befürworten und einhalten.

## Das Falschzitat

Nur: Hannah Arendt hat den ihr zugeschriebenen Satz so nie gesagt und vor allem nicht so gemeint. In jenem Radiointerview<sup>2</sup>, das sie Joachim Fest 1964 gab und in dem der Satz fiel, ging es um Adolf Eichmann und dessen Behauptung, er habe stets im Sinne der Moralvorstellungen von Kant gehandelt und aus dem Pflichtbegriff bei Kant den unbedingten Gehorsam gegenüber den Befehlen (die Organisation von Verfolgung, Vertreibung, Deportation und Massenmord an Millionen Menschen, die meisten von ihnen Juden) hergeleitet. Arendt antwortet:

»Ja. Natürlich eine Unverschämtheit, nicht? Von Herrn Eichmann. Kants ganze Moral läuft doch darauf hinaus, dass jeder Mensch bei jeder Handlung sich selbst überlegen muss, ob die Maxime seines Handelns zum allgemeinen Gesetz werden kann. [...] Es ist ja gerade sozusagen das extrem Umgekehrte des Gehorsams! Jeder ist Gesetzgeber. Kein Mensch hat **bei Kant** das Recht zu gehorchen.«

Das oben genannte Zitat ist nur und ausschließlich im Kontext von Kants Maxime verständlich. Denn genau dadurch ergibt sich eine aufklärerische Sinnhaftigkeit im Verhältnis von Gehorsam und moralischem Handeln. Der kategorische Imperativ Kants fordert ein moralisches Handeln zum Wohle der Allgemeinheit. Dagegen kann es, so Arendt, kein Recht auf Gehorsam geben.

## Das Recht auf Vertrauen

Eine der fundamentalen Säulen des Humanismus ist zweifelsohne der Anspruch, vernunftgeleitete Entscheidungen zu treffen und in diesem Sinn selbstbestimmt zu leben. Angesichts der Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie sehen sich auch Humanistinnen und Humanisten herausgefordert, abzuwägen, inwiefern die Maßnahmen angemessen sind. Die Geschwindigkeit der Ausbreitung der Pandemie hat uns den Atem verschlagen. Über weite Teile waren politische Entscheidungen und auch virologische oder epidemiologische Erkenntnisse für viele nicht mehr nachvollziehbar. Zwar ist der wissenschaftliche Diskurs wie nie zuvor derart offen in der Gesellschaft wahrnehmbar, doch das kommunikative Konzentrat über R-Werte, Verdopplungszahlen, Zahlen von Todesfällen und deren Interdependenzen bildet – selbst, wenn es tendenziell informieren kann – keine ausreichende Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Die Komplexität des pandemischen Geschehens und die Dringlichkeit des Handelns sind dafür zu hoch.

Wie kann angesichts der ungeheuren Dynamik im Krisenmodus aber überhaupt eine vernunftbasierte humanistische und persönliche Positionierung zu den einzelnen Maßnahmen erfolgen? Wie kann eine sachliche Einordnung der Grundrechtseinschränkungen individuell nachvollzogen und bewertet werden – und zur selbstbestimmten Handlung führen?

Die Antwort ist schlicht: Es geht nicht. Es geht nicht ohne Vertrauen. Das mag eine Provokation für das humanistische Selbstverständnis sein. Aber eigentlich wird hier nur ein traditionelles philosophisches Problem im Konkreten aktualisiert: die Insuffizienz menschlicher Erkenntnis. Moralische Entscheidungen sind damit grundsätzlich auch bedingt und Stückwerk.

# »JuHu ist mehr als nur Sommerreisen oder Wochenendfahrten«

Das Interview führte Lydia Skrabania

Clara Wilmes, 20, ist in Berlin geboren und aufgewachsen. Nach dem Abitur 2017 wollte sie sich erst einmal mit einem Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in der Arbeitswelt orientieren – und landete bei den Jungen Humanist\*innen in Berlin. Auch nach dem FSJ blieb sie den JuHus weiter erhalten: Inzwischen absolviert sie ein duales Studium im Bereich »Sozialpädagogik & Management« und ist im Rahmen ihres Praxisteils weiter für JuHu Berlin tätig. Im Interview berichtet sie von den Erfahrungen und Herausforderungen in der Jugendverbandsarbeit in Corona-Zeiten, von neuen digitalen Formaten und der Wichtigkeit eines Wir-Gefühls.

## Clara, worin besteht dein Engagement für die JuHus?

Durch mein FSJ sind mir die Jugendverbandsarbeit und die JuHus sehr ans Herz gewachsen, deshalb war ich auch danach noch ehrenamtlich aktiv und habe mich weiter im Büro und als Teamerin engagiert. Ich war von Anfang an begeistert von den Zielen und Inhalten, mit denen sich JuHu beschäftigt. Diese Begeisterung für das (ehrenamtliche) Engagement und den Einsatz für politische Themen möchte ich gern mit meiner Arbeit für den Verband an andere junge Menschen weitergeben. Umso mehr habe ich mich über die Möglichkeit gefreut, mein Studium mit der Arbeit bei JuHu zu kombinieren.



Foto: Inschrift: Wikimedia Commons/Bartby08 (CC BY-SA 4.0); Foto Krahe: Hoffotografien; Foto Wilmes: Louisa Mahnke

Angesichts der Grundrechtseinschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie sehen sich auch Humanistinnen und Humanisten herausgefordert, abzuwägen, inwiefern die Maßnahmen angemessen sind.

Wohl aber lässt sich Vertrauen beziehungsweise Misstrauen auf sachliche Gründe hin überprüfen. Die Frage, an der sich die individuelle Haltung in der Corona-Pandemie entscheidet, lautet also: Kann ich der Bundesregierung und den wissenschaftlichen Institutionen wie dem Robert-Koch-Institut hinsichtlich ihrer Einschätzung der pandemischen Lage trauen? Und folge ich den Empfehlungen oder Vorschriften?

### Die Corona-Maxime

Arendt hätte dies bejaht. Der Schutz von Leben und Gesundheit als hoher – und zwar allgemeiner – Wert lässt eben kein anderes Handeln im Sinne des kategorischen Imperatives Kants zu. Diese Perspektive wird umso bedeutsamer angesichts der Tatsache, dass viele Menschen in systemrelevanten Berufen, Medizin, Schule, Kitas, Sozialdienste, Polizei, Feuerwehr etc., in dieser Zeit unbedingt im Einsatz sein müssen, damit die Gesellschaft nicht kollabiert. Damit diese tätig sein können, müssen sich alle anderen einschränken. Diese Entscheidung ist keineswegs Ausdruck eines

Gehorsams, sondern vielmehr ein Akt der Selbstbestimmtheit, sich auch im Angesicht von Unsicherheit auf das Recht des Vertrauens zu besinnen.

Die Corona-Maxime lautet daher: Handle stets so, dass du durch dein Handeln niemanden ansteckst. Das ist kein Gehorsam. Das gebietet die Vernunft – in Vertrauen auf die richtigen Entscheidungen und stets vorläufigen Erkenntnisse in Politik und Wissenschaft. ●

1 Auch das Deutsche Historische Museum wirbt in seiner Hannah-Arendt-Ausstellung 2020 mit diesem Spruch.

2 [www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/114/194](http://www.hannaharendt.net/index.php/han/article/view/114/194), zuletzt aufgerufen am 25.06.2020. Hervorhebung durch den Autor.



Matthias Krahe (\*1976) leitet die Abteilung Bildung/Humanistische Lebenskunde des Humanistischen Verbandes Berlin-Brandenburg. Als religionsfreier Humanist studierte er Erziehungswissenschaften, Theologie und Judaistik an der FU Berlin.

»Grundsätzlich steht JuHu für humanistische Werte ein: für eine tolerante, demokratische und inklusive Gesellschaft, in der Diskriminierung, Rassismus und Sexismus keinen Platz haben.«

#### Was sind denn deine Aufgaben bei den JuHus?

Während meines FSJ habe ich ganz verschiedene Aufgaben übernommen: administrative Sachaufgaben im Büro, das Organisieren und Durchführen von Workshops und Ferienfahrten sowie auch Öffentlichkeitsarbeit. Meine aktuellen Arbeitsbereiche sind ähnlich wie damals im FSJ, allerdings übernehme ich jetzt mehr Verantwortung für umfangreiche Aufgaben. Ich war zum Beispiel verantwortlich für eine »Matrix«-Party in Kooperation mit der JugendFEIER, die jedoch leider wegen der Corona-Maßnahmen abgesagt werden musste. Außerdem fahre ich regelmäßig als Teamerin bei unseren Fahrten mit und leite Workshops mit Jugendlichen zu unterschiedlichen Themen an.

#### Wie hat die Corona-Pandemie eure Arbeit beeinflusst? Wie habt ihr auf die veränderten Rahmenbedingungen reagiert?

Die Corona-Pandemie hat unsere Arbeit und ganz allgemein die Jugendverbandsarbeit stark beeinflusst. Von einem Tag auf den anderen mussten wir uns auf die Arbeit im Homeoffice umstellen und unsere gesamte Jahresplanung stand in Frage, von Ferien- und Wochenendfahrten bis zu unserer Juleica-Schulung. Da sich die Informationen rund um Corona und Gruppenangebote ständig geändert haben, war es für uns sehr herausfordernd, die kommende Zeit zu planen und Entscheidungen über die Umsetzung unserer Angebote zu treffen. Wir haben nun – unter Beachtung der vorgegebenen Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit – neue Angebote in Kooperation mit einigen Bezirksämtern entwickelt, um Jugendlichen trotz – beziehungsweise vor allem während solcher Zeiten – einen erholsamen Sommer bieten zu können. Auch wenn viele Präsenz-Angebote weggefallen sind, haben wir versucht, schnellstmöglich zu reagieren, um weiterhin unsere Zielgruppe zu erreichen.

Mir ist aufgefallen, dass ihr seit Beginn der Einschränkungen sehr verstärkt in den sozialen Medien aktiv seid. Inwiefern eignen sich Facebook und Co, um Jugendarbeit zu betreiben?

Unsere Zielgruppe besteht vorwiegend aus Jugendlichen und jungen Menschen, aus deren Leben die modernen Medien kaum wegzudenken sind. Über unsere Social-Media-Kanäle können wir sehr niedrigschwellig an unsere Zielgruppe herantreten, Kontakt aufnehmen und politische und humanistische Werte und Inhalte vermitteln. Vor allem zwischen März und Mai, als wegen der Corona-Pandemie strenge Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen galten und wir keine Präsenz-Veranstaltungen durchführen konnten, haben wir unsere Präsenz bei Facebook und Instagram ausgebaut. Wir wollten zeigen, dass es uns JuHus trotzdem noch gibt, uns bestimmte Themen weiterhin wichtig sind und wir für diese eintreten wollen.

#### Ihr habt in den vergangenen Wochen auch digitale Workshops oder Vorträge angeboten, zum Beispiel zu den Themen Nachhaltigkeit, Geschlecht und Feminismus oder zu ziviler Seerettung. Wie wurden eure digitalen Angebote auf- und angenommen?

Unsere Workshops wurden inhaltlich allesamt von unseren ehrenamtlichen JuHus organisiert. Von den Jugendlichen und jungen Menschen, die an den Workshops teilgenommen haben, gab es insgesamt gutes Feedback zu den Inhalten und der jeweiligen Umsetzung. Allerdings war die Anzahl der Teilnehmer\*innen bei allen Workshops eher überschaubar. Wir hätten uns gerne noch mehr neue Gesichter gewünscht, weil uns die Inhalte sehr am Herzen liegen und wir diese gern mit mehr Menschen geteilt und diskutiert hätten. Unsere »Workshop-Reihe« lief von April bis Juni. Jetzt, wo es aufgrund der Lockerungen wieder möglich ist, wollen wir uns wieder auf physische Veranstaltungen konzentrieren.

#### Welche Themen sind für euch aktuell besonders wichtig? Sind es andere Themen als noch vor »Corona«?

Grundsätzlich steht JuHu für humanistische Werte ein: für eine tolerante, demokratische und inklusive Gesellschaft, in der Diskriminierung, Rassismus und Sexismus keinen Platz haben. Mit Themen wie diesen haben wir uns sowohl vor als auch während Corona-Zeiten beschäftigt. Jedoch sind



Berliner JuHus beim Demonstrieren für sexuelle Selbstbestimmung.

durch die Pandemie und die damit einhergehenden Probleme einige Themenkomplexe wie Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch oder die Situation in einigen Geflüchtetenlagern noch mehr in unseren Fokus geraten. Auf diese Themen wollten wir vor allem auf unseren Social-Media-Kanälen aufmerksam machen.

Die Art und Weise der Vermittlung unserer Werte und Themen sind ebenfalls ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Durch die Neuorganisation der Sommerferien und die Einhaltung der Corona-Maßnahmen sind wir hier vor neue Herausforderungen in der Angebotsgestaltung gestellt und geben unser Bestes, diese so gut wie möglich umzusetzen.

#### Was hat es mit eurer »unbezahlten Werbung« für Bücher auf euren Social-Media-Kanälen auf sich?

Auf der Suche nach Alternativ-Formaten, die ohne Präsenz stattfinden können, kam die Idee auf, Buchtipps zu präsentieren. Viele Menschen haben vermehrt Zeit zu Hause verbracht und durch den Schulausfall hatte unsere Zielgruppe auch mehr Freizeit. Wir dachten, dass dies eine gute Möglichkeit sein könnte, dazu zu animieren, mal das Handy aus der Hand zu legen und ein Buch zu lesen. Gleichzeitig konnten wir mit der Auswahl der Bücher unsere »JuHu-Themen« verbreiten und zum Weiterlernen inspirieren. Die Buchtipps wurden vor allem von unseren aktiven JuHus verfasst, um unseren Ehrenamtlichen einen Raum zur Partizipation zu geben.

#### Was nehmt ihr aus den letzten Monaten mit?

Ganz nach dem Ansatz »Krise als Chance« haben wir die neuen Herausforderungen zum Anlass genommen, um neue Formate zu organisieren und auszuprobieren. Wir haben uns mit komplett neuen Konzepten zur Umsetzung von Jugendverbandsarbeit befasst, an die wir letztes Jahr noch gar nicht gedacht hatten.

Wir haben aber auch festgestellt, dass Jugendverbandsarbeit für uns sehr viel mit Präsenz zu tun hat und kaum machbar ist ohne Veranstaltungen im realen Leben. Sowohl die Büroarbeit ist mühsamer aus dem Homeoffice als auch die Organisation und Durchführung unserer Angebote. Jugendverbandsarbeit ist für uns nicht nur die Übermittlung und Diskussion von Themen, sondern auch das damit einhergehende Gruppengefühl, die zwischenmenschlichen Beziehungen und das Bewusstsein, gemeinsam etwas zu schaffen.

Mir ist es dabei wichtig zu betonen, dass JuHu mehr ist als nur Sommerreisen oder Wochenendfahrten. Bei uns kann man außerdem coole Leute bei verschiedenen Formaten wie der Juleica-Schulung, einzelnen Workshops oder Demo-Vorbereitungen kennenlernen und sich gemeinsam für politische Themen engagieren. Es gibt dabei ganz unterschiedliche Möglichkeiten, ehrenamtlich aktiv zu werden, eigene Ideen einzubringen und das Jugendverbandsleben mitzugestalten.

Danke für das Interview!

# Sprengkraft für die Religion – Herausforderung für den Humanismus: Neues Suizidhilfegesetz – noch weitgehend mit alten Seilschaften?

Von Gita Neumann

Laut Bundesverfassungsgericht wurde das Persönlichkeitsrecht von Sterbewilligen durch den 2015 verabschiedeten Suizidhilfe-Strafrechtsparagrafen 217 verfassungswidrig eingeschränkt. Für das Desaster des jetzt gekippten Verbots waren damals maßgeblich Lobbyist\*innen der Kirchen verantwortlich, was bisher allerdings kaum transparent wurde. Humanistische und individuelle Ansätze könnten nun im konstruktiven Dialog mit der Politik stärker Geltung erlangen.

Es war eine herbe Niederlage für die parlamentarischen Befürworter\*innen des § 217 Strafgesetzbuch (StGB), als die Karlsruher Richter\*innen diesen am 26. Februar 2020 sogar rückwirkend für nichtig erklärten. Bei der Verabschiedung im Dezember 2015 hatte die große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten (vor allem aus der Union) als Ziel ihres Verbotsgesetzes genannt, »Geschäfte mit dem Tod« stoppen zu wollen.

Nun ist genau die Situation wie vor Ende 2015 wieder eingetreten. Die Hilfe zum Suizid ist nicht strafbar. Gleichzeitig gilt seit eh und je, dass die Hilfe zur Selbsttötung ein strafbares Tötungsdelikt bei einem nicht freiwillensfähigen Suizidenten darstellt. Der Verein Sterbehilfe (vormals: Sterbehilfe Deutschland e.V.) konnte die Suizidhilfe direkt nach dem BVerfG-Urteilsspruch nach seinen Sorgfaltskriterien und internen Ethikregeln wieder aufnehmen, erstmalig in Deutschland sogar bei einem Pflegeheimbewohner.

## Die eigentlichen Verfasser\*innen des § 217 StGB – Frage der Transparenz

Dass durch das BVerfG-Urteil die »Türen zur Tötung« wieder weit geöffnet seien, behaupteten entsetzt vor allem Kirchen-, Ärzteschafts-, Suizidpräventions- und Hospizvertreter\*innen sowie in der Politik an erster Stelle die Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese (SPD), Mitglied im Rat der Evangelischen Kirche. Griese war zusammen mit ihrem Kollegen Michael Brand (CDU) die Initiatorin des § 217 StGB. Dabei blieb im Gesetzgebungsverfahren den Bundestagsmitgliedern verborgen, dass die Formulierung des § 217 dem bis hin zu Tippfehlern übernommenen Vorschlag der Deutschen Stiftung Patientenschutz (ehemals »Hospizstiftung«, 1995 vom römisch-katholischen Malteserorden gegründet) entsprach.

Wie Eugen Brysch, der Geschäftsführer der Stiftung, in einem Videobeitrag der Zeitung *Die Zeit* ausführt, wurde der Text zusammen mit Steffen Augsburg, Professor für öffentliches Recht an der Universität Gießen, verfasst. Letzterer hat den Gesetzentwurf zu § 217 StGB dann in der Anhörung im Ausschuss des Bundestages als neutral erscheinender wissenschaftlicher Rechtsexperte vertreten – zusammen mit weiteren Befürwortern, die entweder offen als Funktionsträger (Ex-Bischof Wolfgang Huber) oder verdeckt als Mitglied der »Akademie des päpstlichen Lebens« (Palliativmediziner Thomas Sitte) in enger Verbindung zu den christlichen Kirchen stehen. In dem hochinformativen *Zeit*-Video sagt Timo Lange, Sprecher des Vereins Lobbycontrol, dazu: Es sei zwar nicht zu beanstanden, wenn Kirchenautoritäten und Vertreter\*innen von Glaubensvorstellungen, die über das Persönliche in den Bereich des Lobbyismus hinausgehen, auf Gesetzgebungsverfahren Einfluss nehmen. Allerdings wäre die »Frage der Transparenz« dabei entscheidend. In diesem Sinne hätte die ursprüngliche Autorenschaft bei dem Gesetzentwurf deutlich gemacht werden müssen, als er im Bundestag zur Abstimmung vorgelegt wurde.

## Humanistischer Gesetzentwurf gegen neue Restriktionen der Suizidhilfegegner\*innen

Besonders Griese zeigte sich am Tag des BVerfG-Urteils entsetzt: Durch den Richterspruch steige der Druck auf alte und kranke Menschen, sie »habe die Sorge, dass jetzt die Zahl der Suizide steigt«. Der von Griese, den Kirchen und allen für Strafbarkeit bei der Suizidhilfe plädierenden Organisationen vertretene Ansatz kann als ein konservativer »sozialethischer« bezeichnet werden. Danach ist – zunächst ja sinnvoller Weise – der Sozialstaat aufgefordert, Würde wahrende Pflege, Palliativmedizin, Hospizarbeit und »Selbstmord«-Verhütung zu fördern als Alternativangebot zur Suizidhilfe – um diese so weit wie möglich zu verbieten. Allenfalls in extremen Einzelfällen dürfe bei absolut unerträglicher und nicht linderbarer Qual in todesnaher Situation straffreie Hilfe zur Selbsttötung gewährt werden. Die Nachhaltigkeit, Freiverantwortlichkeit und Ernsthaftigkeit des Sterbeverlangens müssten zudem durch Maßnahmen wie regelhafte psychiatrische Begutachtung, ärztliche Zweitmeinung und Wartefristen (ein Vorschlag christlicher Mediziner\*innen sieht jetzt sechs Monate vor!) mit Sicherheit festgestellt worden sein.

## Der Humanistische Verband Deutschlands sieht sich besonders herausgefordert, seine individualethisch begründete Weltanschauung und Werteorientierung im konstruktiven Dialog mit der Politik geltend zu machen.

Eine neue strafrechtliche Durchsetzbarkeit dieser Vorstellungen in Reinform ist zwar nicht mehr möglich. Aber diejenigen, die eine sogenannte Normalisierung des Suizids für das schlimmste aller Übel halten, können in der über 100-seitigen, auch Risiken abwägenden Urteilsbegründung durchaus ein breites Spektrum an neuen Einschränkungsmöglichkeiten finden.

Der Humanistische Verband Deutschlands hat demgegenüber bereits im März einen vorläufigen und Anfang Mai den endgültigen Entwurf für ein »Suizidhilfekonfliktgesetz« vorgelegt, welcher von einer individualethischen Prämisse aus argumentiert. Dieser lehnt – ebenso wie sämtliche anderen Organisationen aus dem humanistisch-säkularen Umfeld – neue Zwangs- und Strafmaßnahmen ab und basiert vor allem auf freiwillig zu nutzenden Gesprächsangeboten in ergebnisoffener Suizidhilfe-Beratung und vertrauensvoller Arzt-Patienten-Beziehung. Dies entspricht dem Geist des BVerfG-Urteils: Suizid mit Hilfe Dritter human realisieren zu können, wird in den Leitsätzen als Besiegelung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und damit der Menschenwürde ausgelegt.

Die alten Seilschaften der Suizidhilfegegner\*innen mögen zwar die Restriktionsmöglichkeiten bis an den Rand einer erneuten Verfassungswidrig-

keit zu nutzen versuchen. Allerdings drohen mit zunehmender Transparenz ernsthafte Folgen für die Akzeptanz in der Bevölkerung sowie auch innerkirchliche Sprengkräfte.

### Sprengkraft und Krise für die christlichen Kirchen

Am Tag der Urteilsverkündung war die als ökumenisch präsentierte Christenwelt zwischen Evangelischer Kirche (EKD) und Deutscher Bischofskonferenz (DBK) noch in Ordnung. In einer gemeinsamen Erklärung kritisierten EKD und DBK die Karlsruher Entscheidung in schärfsten Worten als »Einschnitt in unsere auf Bejahung und Förderung des Lebens ausgerichtete Kultur«. Nun ist es zu einer ernsthaften Krise gekommen. Ausgelöst wurde sie durch einen Brief von Bundesgesundheitsminister Spahn vom 15. April 2020, worin dieser für sein geplantes »legislatives Schutzkonzept« – ausschließlich bei Adressaten in diesem seinem Sinne – um Vorschläge nachsucht.

Ein ursprünglich selbstbestimmungsorientiertes, vom Münchner Theologieprofessor Reiner Anselm verfasstes Antwortschreiben an Spahn wurde in letzter Minute von der EKD-Hierarchie gestoppt und völlig umgeschrieben. Anselm hatte eine humanistisch anmutende Stoßrichtung vorgegeben und primär die Gewissensentscheidung des Einzelnen im Sinne des Karlsruher Urteils anerkannt. Als Hauptsatz des Anselm-Papiers galt, wie die FAZ vom 18. Juni 2020 zu berichten wusste, es sei ein »Gebot der Humanität, Menschen, die sich zu diesem letzten Schritt entschieden haben, zu einem auf menschenwürdige Weise vollzogenen Suizid zu verhelfen«. Diese als anstößig empfundene Formulierung wurde jedoch von der EKD getilgt und stattdessen eine kritische Bewertung zu den »den Suizid nahezu heroisierenden Formulierungen« des BVerfG-Urteils eingefügt.

Prinzipiell wolle man, so die EKD in ihrem Schreiben vom 15. Juni 2020 an den Bundesgesundheitsminister, innerhalb der Beschränkungen

des Karlsruher Urteils konstruktiv bei einer Neuregelung der Suizidhilfe zusammenarbeiten. Ging auch der Theologe Anselm erst vom Individuum aus und bezog dann das Soziale und Übergreifende ein, so bleibt es nun nach der Umstellung durch die EKD umgekehrt bei dem Folgenden: An erster Stelle steht die Schaffung eines suizidverhütenden Klimas und der Lebensschutz, dann der Ausbau der Palliativmedizin und an letzter Stelle kommt der extreme Einzelfall des trotz allem noch suizidwilligen Menschen in den Blick.

### Weder Fisch noch Fleisch – Politische Gemengelage bleibt ungewiss

An dem neuen EKD-Positionspapier kritisieren liberale evangelische Kirchenvertreter\*innen und Laien, es berücksichtige die entscheidende Selbstbestimmungsfrage kaum und sei »weder Fisch noch Fleisch«. Aus Sicht der Katholischen Kirche bleibt dies ein Schlingerkurs der EKD. Es ist fraglich, ob die DBK weiter auf diesem mitzugehen bereit ist, da sie ja in bioethischen Fragen ihre traditionelle Lehre (wie etwa auch zum absoluten Embryonen-Schutz) ganz eindeutig geltend machen muss. Die DBK verurteile das Eintreten der EKD für ein »Einzelfall-bezogenes Verfahren«, wie sie dem Gesundheitsminister laut katholisch.de mitgeteilt habe. Danach verwerfen die Bischöfe jeden »Kompromisscharakter« zwischen individual- und sozialetischer Auffassung als unzulässig. Wenn sich ein Mensch zu einer suizidalen Handlung gedrängt fühle, wäre er zwar nicht moralisch zu verurteilen, ihm sei aber ausschließlich einfühlsame Seelsorge anzubieten. Als verantwortlich dafür, dass sich bei der EKD doch nichts grundsätzlich ändern sollte, stehen gemäß der FAZ »als maßgebliche Treiber« hinter der Ablehnung des ursprünglich liberalen Antwortschreibens an Spahn drei Personen: der frühere Vorsitzende des Ethikrates Peter Dabrock, der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm sowie die SPD-Politikerin Griese. Griese wird zitiert mit den Worten: Das EKD-Papier zeuge jetzt von »einer klaren Haltung«, die »auf der bisherigen Linie« liege.

Der Humanistische Verband Deutschlands sieht sich besonders herausgefordert, seine individualethisch begründete Weltanschauung und Werteorientierung im konstruktiven Dialog mit der Politik geltend zu machen. Sein frühzeitig vorgestellter, alle Aspekte der Suizidhilfe umfassender Gesetzentwurf stößt im Bundestag bereits auf einiges Interesse, bei einzelnen Abgeordneten der Linken und der Grünen und in der wieder im Bundestag vertretenen FDP-Fraktion. Darüber hinaus gibt es mit Politiker\*innen, die nach der parlamentarischen Sommerpause interfraktionell ein liberales Regelungskonzept zur Suizidhilfe auf den Weg bringen wollen, teils guten Kontakt und auch bereits Gesprächsverabredungen. Allerdings greifen konservativ-christliche Politiker\*innen wie Spahn weiter auf altbewährte Kräfte und »Moralvertreter« zurück, die sich allesamt als »lebensbejahend« in Szene setzen – auch wenn sie für das verfassungswidrige Desaster erheblich mitverantwortlich sind. ●

- 1 Video-Beitrag von *Die Zeit*, Titel: »Urteil über das Recht am eigenen Tod«, veröffentlicht am 25.02.2020 (<https://www.zeit.de/video/2020-02/6133489218001/paragraf-217-das-urteil-ueber-das-recht-am-eigenen-tod>).
- 2 *Tagesspiegel*-Artikel »Verfassungsgericht kippt Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe«, 26.02.2020 (<https://www.tagesspiegel.de/politik/entscheidung-ueber-assistiertes-sterben-verfassungsgericht-kippt-verbot-geschaeftsmaessiger-sterbehilfe/25583862.html>).
- 3 Der Entwurf des HVD Bundesverbandes für ein »Gesetz zur Bewältigung von Suizidhilfe- und Suizidkonflikten (Suizidhilfekonflikt-Gesetz -SukoG)« wurde am 02.05.2020 auf der Webseite des Verbandes veröffentlicht ([https://humanistisch.de/sites/humanistisch.de/files/hvd-bundesverband/docs/2020/05/suizidhilfekonfliktgesetz\\_hvd\\_bundesverband.pdf](https://humanistisch.de/sites/humanistisch.de/files/hvd-bundesverband/docs/2020/05/suizidhilfekonfliktgesetz_hvd_bundesverband.pdf)).
- 4 FAZ, Ausgabe Nr. 139, 18.06.2020, S. 4.
- 5 FAZ, ebd.



Gita Neumann (geb. 1952) ist Dipl.-Psychologin, Sozialwissenschaftlerin und Philosophin und Mitglied der Akademie für Ethik in der Medizin (AEM, Göttingen). Sie publiziert u.a. zu Patientenautonomie, Religions- und Weltanschauungsfragen, Lebens- und Sterbehilfe. E-Mail: [gita.neumann@humanismus.de](mailto:gita.neumann@humanismus.de).

# »Humanistische Porträts« Anlass, Konzept, Probleme Eine Vorstellung der neuen Buchreihe

Von Hubert Cancik

Die Reihe »Humanistische Porträts« widmet sich dem Leben und Werk von Humanistinnen und Humanisten, es zeigt die Menschen im Humanismus. Hubert Cancik, einer der drei Herausgeber, erläutert Anlass und Konzept der Reihe und auch die Probleme, denen sie gegenübersteht.

## 1. Der Anlass

1.1 Was sind und wozu braucht man »Humanistische Porträts«<sup>1</sup>? Was ist das Ziel, das Konzept dieser kleinen Reihe? Wie ist es entstanden, was war der Anlass? Und schließlich: Welche Probleme gibt es? Ein Problem ist nicht etwa, wie man meinen könnte, der Humanismus.

»Humanismus« ist einfach eine kulturelle Bewegung, ein Bildungsprogramm, eine Epoche (die italienische Renaissance), eine Tradition (das »klassische Erbe«), eine Weltanschauung (Aufklärung; Freidenker, Freireligiöse), eine Form von praktischer Philosophie, eine politische Grundhaltung, welche für die Durchsetzung der Menschenrechte eintritt, ein Konzept der tätigen Barmherzigkeit, der humanitären Praxis. So steht es in »Humanismus: Grundbegriffe«<sup>2</sup>. Das ist, so scheint es, hinreichend klar. Die Frage ist also nicht, was ist *Humanismus*, sondern *wer oder was ist ein Humanist?* Das ist in den »Grundbegriffen« nicht geklärt.

1.2 In diesem Handbuch gibt es Artikel zu »Geschichte« und »Persönlichkeit«, es gibt aber keine Geschichten und keine Personen<sup>3</sup>. Ein einziges Menschenbild zielt das Handbuch »Grundbegriffe«<sup>4</sup>. Es zeigt einen männlichen und einen weiblichen Menschen in antiker Pose und im Lichtkleid. Sie stehen vor den Teilen einer Raumsonde, die auf dem Weg aus unserem Sonnensystem in die Milchstraße fliegt und fernen Lebewesen, wenn es sie gibt, das europäische Menschenbild der Jahre 1971/72 näherbringt. Die Plakette auf dem Raumschiff ist das einzige Kunstwerk und das einzige Bild vom Menschen, das in den »Grundbegriffen« abgebildet ist.<sup>5</sup>

Das Handbuch »Grundbegriffe« bietet nur eine Auswahl von fundierenden Begriffen, mit deren Hilfe ein »offenes System« Humanismus beschrieben werden kann, hat aber keine »Personen-Artikel«; es zeigt also gewissermaßen einen Humanismus ohne Menschen.

HUMANISTISCHE PORTRÄTS 1

HUMANISTISCHE PORTRÄTS 2

HUMANISTISCHE PORTRÄTS

HUMANISTISCHE PORTRÄTS 4

BIRGIT DAHLKE

**CHRISTA WOLF**

(1929 - 2011)

ANTIFASCHISTIN - HUMANISTIN -  
SOZIALISTIN



VOLKER RIEDEL

**HEINRICH MANN**

(1871 - 1950)

ZWISCHEN „MACHT DER GÜTE“  
UND „DIKTATUR DER VERNUNFT“



UWE PLATH

**SEBASTIAN CASTELLIO**

(1515 - 1563)

VORKÄMPFER FÜR TOLERANZ IM  
KONFESSIONELLEN ZEITALTER



ADRIANE FEUSTEL

**ALICE SALOMON**

(1872 - 1948)

SOZIALREFORMERIN UND  
FRAUENRECHTLERIN



Die Reihe »Humanistische Porträts« wird herausgegeben von Hubert Cancik, Richard Faber und Ralf Schöppner. Bisher erschienen sind »Humanistische Porträts« zu Christa Wolf, Heinrich Mann, Sebastian Castellio und Alice Salomon. Bereits angekündigt ist außerdem ein Band zu Erich Fromm.

Für die Zukunft sind darüber hinaus »Humanistische Porträts« zu Karl Marx, Rudolph Penzig, Niccolò Machiavelli, Marcus Tullius Cicero u.a. geplant.

»Ein *humanistisches* Porträt beansprucht keine Vollständigkeit, sondern wählt selektiv aus Biographie und Werk der jeweiligen Person nur das aus, was in humanistischer Perspektive interessant ist.«

## 2. Das Konzept

2.1 Ein Porträt zeigt das Bild einer oder mehrerer Personen, immer in Ausschnitten, immer selektiv. Das Zentrum ist der Kopf, en face oder im Profil, und die charakteristischen Züge des Gesichts. Nur in Teilen oder gar nicht wird der Körper dargestellt, bis zur Schulter – die Büste, bis zur Hüfte – das Hüftstück. Mimik und Haltung, Kleidung und Schmuck signalisieren Alter, Stand, Beruf, den Typus und Charakter, realistisch oder idealisiert. Das Wichtigste aber ist der Ausdruck des Gesichts. Hier erscheint das Besondere, das Einzigartige der dargestellten Person, nach antiker Anthropologie das *proprium*, das *ídon* eines Individuums.

Auf Text übertragen bezeichnet »Porträt« eine kurze Beschreibung einer Person, so etwa in einer Bewerbung oder einem Nachruf, und die deskriptive Charakteristik (*descriptio*) einer Person innerhalb eines Epos oder Geschichtswerks. Das literarische Porträt ist keine Biographie, keine umfassende, gleichmäßig ausführliche Erzählung aller Stationen des Lebens und Wirkens einer Person. Und selbst die Biographie verfährt bewusst selektiv. Die Fülle des Geschehens, heißt es in einer klassischen Definition (Plutarch), muss »zugeschnitten« – epitomiert – werden.<sup>6</sup> Leben ist keine Historie, ein *bíos* ist keine *historía*. Die großen spektakulären Ereignisse offenbaren gerade nicht den Charakter: »vielmehr erzeugt ein kurzer Vorfall, ein Spruch, ein Scherz eher den Eindruck des Ethos als Schlachten mit Tausenden Gefallener oder die größten Rüstungen und Belagerungen von Städten«. Plutarch (um 45 – um 125 u. Z.) fährt fort: »Also, wie die Maler die Ähnlichkeiten (in ihren Porträts) vom Gesicht und dem Ausdruck der Augen nehmen, in denen das Ethos erscheint, und

sich dabei am wenigsten um die übrigen Teile des Körpers kümmern, (...) so muss es auch mir gestattet sein, eher in die Zeichen der Seele einzudringen und durch sie das Leben des Einzelnen abzubilden und anderen die Großtaten und Kämpfe zu überlassen.«

2.2 Das literarische Porträt ist eine konzentrierte, noch stärker »zugeschnittene« Biographie. Seine Struktur ist der *bíos*, Lebenslauf und Lebensform. Darin eingebettet sind die Umrisse eines literarischen Oeuvres, oder in Porträts von Männern und Frauen, die als Juristen, Ärzte, Künstler, Politiker, Naturforscher tätig waren, die Umrisse ihrer Wirksamkeit.

Etwas Kleines ist gesucht, ein Büchlein, das »in eine Hand« passt, ein *En-cheiridion*, das man bei sich trägt, wie das Miniaturporträt im Medaillon um den Hals oder in der Brieftasche: klein, einfach, möglichst preiswert, transportabel, zum Verschenken.

In der Empfehlung an die Autor\*innen der Reihe heißt es: »Ziel der Reihe ist es, vermittelt über das Leben und Werk von Personen, einen breiten und nicht nur akademischen Personenkreis für Humanismus zu interessieren. Ein humanistisches Porträt beansprucht keine Vollständigkeit, sondern wählt selektiv aus Biographie und Werk der jeweiligen Person nur das aus, was in humanistischer Perspektive interessant ist. Die Texte sollen Leserinnen und Lesern einen wissenschaftlich fundierten sowie unterhaltsamen und niedrigschwelligem Zugang ermöglichen, gegebenenfalls ist ein Glossar notwendig.«

Das kleine Humanistische Porträt ist nicht die Form für die Verehrung großer Männer oder Frauen. Die humanistische Perspektive kann die biographische Illusion verhindern, die Annahme, lückenlose Chronologie könnte den Zusammenhang, den Sinn, das Ziel eines Lebens zeigen (teleologische Versuchung).

Diese Perspektive kann auch die Konstruktion von »Gestalten« verhindern, von »Mythenschau« und »akademischer Heldensage«, wie sie einst in den »Gestaltbüchern« über Caesar und die Geschichte seines Ruhms oder Friedrich den Staufer erschienen sind (*hero-worship* – die heroische Versuchung).<sup>7</sup>

Ein humanistisches Porträt ist nicht Hagiographie, nicht Heiligenlegende, es schafft keine Galerie von verehrlichen Vorbildern, sondern ist anschauliche Charakteristik und kritisch. Auch Scheitern, Fehlentwicklung und Missbrauch gehören in die Geschichte der Humanistischen Bewegung, wenn die *studia humanitatis* für unmenschliche Zwecke instrumentalisiert werden (die hagiographische Versuchung).

Dabei gilt es, auch der physiognomischen Versuchung zu widerstehen, der Illusion, das Bild eines ganzen Lebens sei in einer einzigen Anekdote erfasst, der Charakter, das »Wesen« einer Person sei in einem besonderen Zug von Gesicht und Gestalt, sei in seiner Physiognomie zu finden.

Und schließlich die vertrackte Aufgabe, die Verschlingungen von Leben und Werk zu durchschauen. Der Blick aus dem Werk auf das Leben und umgekehrt, von der lyrischen Strophe auf die Befindlichkeit des Schreibenden ist notwendig, aber verführerisch, oft irreführend und reduktionistisch. Literatur und Leben sind verschieden und nicht zu trennen. Das literarische Porträt versucht sich an der Synthesis.

Die Mitte eines humanistischen Porträts bilden »das Wunder des Individuums [...] mit seinem nach allen Richtungen ausgelebten Leben« (Anna Seghers), die Person, der »ganze Mensch«, seine Lebenspraxis und sein Werk, die vielfältigen weltanschaulichen Mischformen und die individuellen Synthesen, nicht ein reiner Humanismus an sich in seinen klaren, eindeutigen Grundbegriffen. Dies ist die Hoffnung der drei Herausgeber, formuliert in dem Vorwort zu der neuen Reihe.

## 3. Probleme

a) Unser erstes Problem ist die beschränkte Kompetenz der Herausgeberdreierheit. Das bisher absehbare Profil der Reihe ist europäisch und deutschsprachig, weit entfernt von den Ansprüchen eines interkulturellen Humanismus.<sup>8</sup> Die schöne Literatur ist überrepräsentiert. Noch fehlen die Juristen, Politiker, Ärzte, Künstler (also Namen wie Nelson Mandela, Cesare Beccaria, Bona Peiser, Mahatma Gandhi, Albrecht Dürer, Käthe Kollwitz, Anna Seghers, Bruno Wille, Julian Huxley, Rudolf Penzig).

b) Die Aufnahme problematischer Personen ist unklar: Bekommen Eduard Spranger und Werner Jaeger und ihr »Dritter Humanismus«, bekommt Friedrich Nietzsche, der Humanist, Humanismus-Reformer und Antihumanist, oder Friedrich der II. von Hohenstaufen (1210–1250), der offiziell erklärte Antichrist, einen Platz in dieser Reihe?

Schließlich: Sollen Zeitgenossen aufgenommen werden? Können Städte porträtiert werden, gibt es etwa ein humanistisches »Stadtbild« von Florenz?

Einige dieser Probleme werden sich lösen, andere werden uns begleiten und neue werden nachwachsen. Aber ein Anfang ist gemacht, und »der Anfang«, so heißt es, »ist die Hälfte des Ganzen«.

- 1 Hubert Cancik, Richard Faber, Ralf Schöppner (Hg.), *Humanistische Porträts*. Würzburg: Königshausen & Neumann, Bd. 1, 2019.
- 2 Hubert Cancik, Horst Groschopp, Frieder Otto Wolf (Hg.): *Humanismus: Grundbegriffe*, Berlin 2016.
- 3 *Persönlichkeit*: Juliane Spitta, S. 297 – 306. *Geschichte*: Jörn Rüsen, S. 187 – 194. Immerhin gibt es ein Personen-Register. Vgl. den Bericht über die Buchvorstellung: [hpd.de/artikel/humanismus-13177?nopaging=1](http://hpd.de/artikel/humanismus-13177?nopaging=1)
- 4 Die Sonde ist inzwischen außerhalb der Heliosphäre. Die Wahrscheinlichkeit der utopischen Annahme, dass die Plakette von intelligenten Wesen gelesen und sogar beantwortet werden könnte, hat sich nach dem Start der Sonde durch die Entdeckung zahlreicher Exoplaneten ein wenig vergrößert. Siehe: [www.spektrum.de/frage/wo-sind-voyager-und-pioneer/1463827](http://www.spektrum.de/frage/wo-sind-voyager-und-pioneer/1463827).
- 5 Der für die »Grundbegriffe« geplante Artikel »Kunst« mit einem umfangreichen Bildanhang konnte nicht realisiert werden.
- 6 Plutarch, Alexander, Kapitel 1.
- 7 Friedrich Gundolf, Caesar. *Geschichte seines Ruhms*, Berlin 1924. – Ernst Kantorowicz, Kaiser Friedrich der Zweite, Berlin 1927. – Thomas Carlyle, On Heroes, Hero-Worship, and The Heroic in History. London 1840/41.
- 8 Vgl. Volker Riedel, Heinrich Mann. Zwischen »Macht der Güte« und »Diktatur der Vernunft«, in: *humanismus aktuell. Zeitschrift für Kultur und Weltanschauung*, Online-Ausgabe, Berlin 2020, 11. [24.] Jg., H. 1 (<http://humanismus-aktuell.de/heinrich-mann-zwischen-macht-der-guete-und-diktatur-der-vernunft/> abgerufen 21.06.20).



Hubert Cancik (\*1937 in Berlin-Karlshorst) ist ein klassischer Philologe, Religionshistoriker und Humanismusforscher. Er ist Initiator und Mitherausgeber des Kompendiums »Humanismus: Grundbegriffe« sowie der Reihe »Humanistische Porträts«.

# Die unsichtbare Krise

Von Katja Labidi

Das Coronavirus beherrscht die Schlagzeilen, seit Wochen und Monaten geht es fast nur um dieses eine Thema. Aber Kriege, Verfolgung, Flucht, soziale Ungerechtigkeiten und die Missachtung und Verletzung von Grund- und Menschenrechten passieren weiterhin in der Welt. Wir dürfen dies nicht ignorieren.

Im Rahmen meiner praktischen Arbeit in der Geflüchtetenhilfe begegnen mir sämtliche Abgründe, die die Menschheit zu bieten hat. Doch die Corona-Pandemie hat einmal mehr offenbart, dass »Krise« nicht gleich »Krise« ist. Als meine pensionierte Nachbarin am Gartenzaun ihres 1.000 Quadratmeter großen Grundstücks im Frühjahr darüber klagte, dass sie wegen des Corona-Lockdowns wochenlang nicht zum Friseur gehen konnte, saß Shirvan<sup>1</sup>, der Bruder eines Klienten, zur gleichen Zeit wochenlang in den Bergen zwischen Mazedonien und Griechenland fest, innerhalb der europäischen

Union, nur mit ein paar Decken und Schlafsäcken, und versuchte zu überleben. Während ein Bekannter im März Dutzende Rollen Klopapier hortete, konnte Shirvan sich nicht erinnern, wann er zuletzt grundlegende Körperhygiene vornehmen konnte – seine Notdurft musste er ein Stück außerhalb seines Lagers im Wald vergraben. Während deutsche Medien im April ausführlich über den akuten Mangel an Hefe für die Zubereitung von Ostergebäck berichteten, können sich die Menschen im zerbombten Syrien nach fast einem Jahrzehnt Krieg nicht einmal mehr Grundnahrungsmittel leisten.



Zeltlager geflüchteter Menschen in Idomeni, Griechenland, an der Grenze zu Mazedonien.

Meine Nachbarin war inzwischen wieder mehrfach bei ihrem Friseur, mein Bekannter bekommt wieder Klopapier in jedem Supermarkt, auch Hefe ist bei uns wieder problemlos erhältlich. Shirvan versucht noch immer zu überleben, in den Bergen zwischen Mazedonien und Griechenland.

Wenn ich höre, wie Menschen darüber klagen, dass sie 2020 wohl nicht den jährlichen Sommerurlaub am Strand verbringen können, dann denke ich an die Tausenden von Menschen, die vor den Urlaubsküsten im Mittelmeer ertrunken sind, weil Europas Flüchtlingspolitik durch Ignoranz und aggressive Push-Back-Aktionen diese Fluchtroute nun noch gefährlicher und tödlicher gemacht hat für die verzweifelten Menschen, die diesen Schritt wagen müssen.

Geschlossene Grenzen bedeuten für uns, dass möglicherweise die Amazon-Prime-Lieferung verzögert wird. Für viele meiner Klient\*innen bedeutet dies, dass sie jahrelang ihre Eltern, minderjährigen Kinder oder Geschwister nicht in die Arme schließen können, im Wissen, dass diese unter meist unmenschlichen Bedingungen in einer Krisenregion festsitzen.

Sicher, die Corona-Situation ist für viele Menschen – auch in Deutschland – eine ernsthafte Belastung, finanziell, emotional und natürlich auch gesundheitlich. Das legitimiert uns, unsere Medien und die Politik aber nicht dazu, die Augen vor den unzähligen Krisen zu verschließen, die durch das Corona-Geschehen wie unter einem Brennglas weiter verschärft werden. Und bestehende Notlagen verschwinden ja nicht, nur weil es eine neue Krise gibt, die auch wir zu spüren bekommen. Wir dürfen die Krisen der vermeintlich »Anderen« nicht vergessen. Insbesondere dann, wenn unsere Art zu leben dazu beiträgt, dass diese Krisen überhaupt erst entstehen.

## Solidarität wird ausgebremst

Natürlich gibt es Solidarität. Im Rahmen von Demonstrationen, Protestaktionen oder verschiedener Initiativen. Auch hatten diverse Gemeinden und Städte in Deutschland bereits sämtliche Voraussetzungen dafür geschaffen, besonders schutzbedürftige Menschen aus den völlig überfüllten Horrorlagern in Griechenland aufzunehmen. Doch auch wenn dies – gerade wegen der sich immer weiter ausbreitenden Pandemie – nie dringlicher war, wird

die Pandemie letztlich vorgeschoben, wegen angeblich höherer Risiken und eines höheren Aufwandes. Die Bundesregierung verhindert hier seit Monaten, was unter Aspekten von Menschenwürde, Menschenrechten und den sogenannten europäischen Werten das Richtige wäre. So wurden im Monat Mai zum Beispiel gerade mal acht Kinder nach Berlin geholt. Noch im Vormonat wurden hingegen – »Corona« zum Trotz – 20.000 schlecht bezahlte Erntehelfer\*innen aus Osteuropa dank einer Sonderregelung der Bundesregierung nach Deutschland eingeflogen. 20.000, das entspricht etwa der Zahl der Geflüchteten, die im Lager Moria unter katastrophalen, menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen und so gut wie keine medizinische, soziale oder humanitäre Hilfe erfahren.

Es ist menschlich, nur natürlich, dass wir einen Maßstab anlegen, der für uns alltäglich ist. Denn natürlich treffen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auch uns, in einem grundsätzlich gut funktionierenden Sozialstaat, hart. Dennoch ist es dringend notwendig, die eigene Blase zu verlassen und den Blick zu weiten, auch für Dinge, die vermeintlich weit entfernt von uns stattfinden, mit denen wir uns womöglich nur ungern konfrontieren wollen. Damit wir das können, müssen Journalist\*innen und Medienvertreter\*innen ihrer Verantwortung gerecht werden, solchen Themen ausreichend Raum zu geben und Diskurse mitzugestalten. Hier ist nicht nur der bzw. die Einzelne gefragt, sondern die gesamte Zivilgesellschaft und ganz besonders die politischen Entscheidungsträger\*innen.

Letztlich geht es hier auch um die Frage: In welcher Welt wollen wir leben? Es ist unsere gesellschaftliche Verantwortung, nicht die Augen vor Krisen zu verschließen, ob sie uns nun direkt oder indirekt betreffen. Und zwar ganz besonders dann nicht, wenn eine Krise die globalen Ungerechtigkeiten um ein Vielfaches intensiviert. ●

<sup>1</sup> Anmerkung der Redaktion: Name geändert.



Katja Labidi (\*1983) stammt aus (Ost-)Berlin und hat u.a. Geschichte und Kultur des Vorderen Orients, Arabistik und indische Philologie studiert. Seit 2016 leitet sie im HVD Berlin-Brandenburg das Projekt »Neue Nachbarn«, welches sich der Arbeit mit geflüchteten Menschen widmet. Sie ist außerdem Beauftragte für Geflüchtete und Migration des HVD Bundesverbandes.

# Dem freien Europa droht Gefahr

Von Christa Compas

Die Corona-Krise zeigt uns, was wir lieber nicht sehen würden:  
Nicht alle in Europa genießen die gleiche Freiheit.

Mitte Mai organisierte You-Tube-Star Nikkie de Jager («NikkieTutorials») den online stattfindenden Part des *Eurovision Song Contests*. Der eigentliche Musikwettbewerb wurde aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt – stattdessen wurde ein neues Online-Programm aufgelegt: »Europe Shine A Light«. Ziel war es, mit Beiträgen der 41 teilnehmenden Länder und einem gemeinsamen Lied ganz Europa in den schwierigen Zeiten zu vereinen. Welche Ironie. Denn wenn NikkieTutorials alias Nikkie de Jager in Ungarn geboren wäre, würde sie dort seit Mai nicht mehr als Frau anerkannt werden – sie ist Transgender.

Zwar sollte der neue *Eurovision Song Contest* die europäische Solidarität während der Corona-Krise symbolisieren, doch die Krise verdeutlicht vor allem ein anderes Thema, gegen das wir vereint kämpfen müssen: die undemokratische Ideologie, die in den Regierungen Polens und Ungarns sichtbar wird und die sich langsam in ganz Europa ausbreitet. Übrigens hat sich Ungarn in diesem Jahr vom *Eurovision Song Contest* zurückgezogen. Der Grund: Präsident Orbán findet den Wettbewerb zu LGBTI-freundlich. Auch in Polen herrscht eine starke Anti-LGBTI-Stimmung, doch noch ist das Land mit dabei.

Der »Warschauer Regenbogen« war ein Werk der Künstlerin Julita Wójcik. Die Stahlkonstruktion, die mit Kunstblumen in Regenbogenfarben bedeckt wurde, stand auf dem Warschauer Erlöserplatz, gegenüber der katholischen Erlöserkirche. Katholische Kreise kritisierten das Kunstwerk als Symbol der Lesben- und Schwulenbewegung. Wiederholt wurde der Regenbogen demoliert und in Brand gesteckt, u.a. von Teilnehmer\*innen eines rechts-extremistischen Aufmarsches und Ultranationalist\*innen. Von konservativen, nationalistischen und LGBTI-feindlichen Gruppen wird die Zerstörung des Kunstwerks gefeiert und unter anderem als T-Shirt-Motiv genutzt.

## Untergrabung des Rechtsstaates

Im Jahr 2018 veröffentlichte Judith Sargentini, damals Mitglied des Europäischen Parlaments, einen Bericht über die Untergrabung der ungarischen Demokratie. Schon damals war deutlich, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowohl in Ungarn als auch in Polen immer weiter bröckeln.

Seitdem hat sich die Situation weiter verschlimmert. Ende März verabschiedete Ungarn ein neues Notstandsgesetz, das der ungarischen Regierung das Recht einräumte, ohne Parlament zu regieren. Im Rahmen des Notstandes konnte die Verbreitung von »Fake News« in Ungarn mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft werden – was vor allem auf regierungskritische Medienvertreter\*innen abzielte. Zwar wurde das Notstandsgesetz in Ungarn nach zweieinhalb Monaten wieder aufgehoben. Allerdings gibt es bereits einen weitergehenden Gesetzentwurf für die Ausrufung einer »medizinischen Gefahrenlage«. Dieser würde es der Orbán-Regierung ermöglichen, für eine weitere, unbestimmte Zeit per Dekret zu regieren – und zwar ohne zuvor das Parlament konsultieren zu müssen.

Auch die polnische Regierung hat die Corona-Krise eifrig genutzt, um »Reformen« umzusetzen. So versuchte sie zum Beispiel, die ohnehin schon strenge Gesetzgebung zum Schwangerschaftsabbruch noch strenger zu gestalten und den Zugang zu Sexualerziehung für Minderjährige unter Strafe zu stellen. Glücklicherweise wurden beide Gesetze nicht umgesetzt, sie wurden aber auch nicht gänzlich abgelehnt. Die Bedrohung besteht also nach wie vor.

Warum ist das wichtig? Warum muss sich der Rest Europas darüber Sorgen machen? Sargentini hatte es bereits in ihrem Bericht erwähnt: Weil das Gleiche auch bei uns passieren kann. Die Fidesz-Partei in Ungarn und die PiS in Polen sind nicht allein mit ihrer politischen Ideologie. Sie inspirieren viele andere Parteien in Europa, ihre Ideologie wird zunehmen Normalität.

Dies zeigt sich bereits im neuen Titel des europäischen Migrationsministers: »Förderung unserer europäischen Lebensweise«. Übrigens lautete der Titel zunächst »Schutz unserer europäischen Lebensweise«. Und auch wenn dies nur ein Titel ist: Es verdeutlicht die gleiche Ideologie. Die Idee

nämlich, dass es eine bestimmte europäische Lebensweise gibt: eine konservative Familie als Eckpfeiler der Gesellschaft. Alles, was nicht unter diese Norm fällt, muss verschwinden. In Polen zeigt sich das in den sogenannten »LGBT-freien Zonen«. Diese mögen nur symbolisch sein und niemand wird verhaftet. Aber das macht sie nicht weniger beängstigend.

In Ungarn ist es Transsexuellen nicht erlaubt, das Geschlecht zu wechseln. Die europäische Lebensweise ist dort durch konservative christliche Standards definiert. Und die liberal-demokratischen Werte, die doch ebenso europäisch sind, geraten in Vergessenheit.

## Die neue Normalität?

Der *Humanistisch Verbond* blickt mit Empörung auf das Verschwinden der Freiheiten in Ungarn und Polen. Wir sehen in diesen Entwicklungen keine Ausnahme, sondern einen Anfang. Eine Normalisierung einer Ideologie, die die Menschenrechte untergräbt. Und die Corona-Krise führt dazu, dass diese Probleme allzu leicht aus dem Blickfeld geraten.

Seit Beginn dieser Krise ist fast in jeder Regierung die Rede von einer »neuen Normalität«. Es wird viel darüber spekuliert, wie diese Zukunft aussehen wird. Doch diese Unfreiheiten dürfen nicht normalisiert werden. Wir müssen gemeinsam auf eine Zukunft hinarbeiten, in der jeder sein eigenes Leben gestalten kann. Die neue Normalität sollte darin bestehen, dass wir die Freiheiten feiern. Lasst uns also auf ein Europa hinarbeiten, in dem wir alle in unserer individuellen Vielfalt vereint sind. ●

Die Originalversion dieses Textes wurde im Rahmen der Kampagne *Voor een vrij Europa* (Für ein freies Europa) auf der Webseite des *Humanistisch Verbond* veröffentlicht. Die Übersetzung aus dem Niederländischen stammt von Lydia Skrabania. Wir danken dem *Humanistisch Verbond* dafür, den Text in *diesseits* veröffentlichen zu dürfen.



Christa Compas (\*1962) ist seit 2016 Direktorin des niederländischen *Humanistisch Verbond*. Die studierte Politikwissenschaftlerin und MBA-Absolventin arbeitete u.a. bereits als Emanzipationsbeauftragte, leitete verschiedene Sozialdienste und war Direktorin eines Bildungsberatungsdienstes. Sie ist außerdem Gründungsmutter von *Women Inc.*

# Humanismus und Corona: Fünf Fragen

Von Ralf Schöppner

Corona ist nicht nur ein Virus. Neben neuen Ausbrüchen von Bescheidwisserei und Verschwörungserzählungen erleben wir auch ansteckende Debatten über Wissenschaft und Solidarität sowie eine Scheu, ethische Grundsatzfragen offen zu diskutieren. Was lässt sich aus humanistischer Perspektive dazu sagen?



Corona-Proteste auf dem Marktplatz in Memmingen, Mai 2020.

## 1. Wissen wir Bescheid?

Viele der verantwortlichen Politiker\*innen zeigten sich zumindest zu Beginn der Corona-Pandemie erstaunlich vorsichtig und skeptisch. Sie gaben nicht vor, über Lage und notwendige Maßnahmen genau Bescheid zu wissen, und das war wohltuend. Bei einer ganzen Reihe von Intellektuellen, Gesellschaftskritiker\*innen und auch Wissenschaftler\*innen klang und klingt das bis heute deutlich anders. Manche fühlen sich in ihren sozialen und ökologischen Kritiken der letzten Jahre durch Corona vollends bestätigt und hoffen, dass man nun endlich auf sie hört. Selbsternannte »Trend- und Zukunftsforscher\*innen« beschwören die »Tiefenkrise« als Chance zur Umkehr. Globalisierungskritiker\*innen von rechts und links erinnern selbstgewiss an ihre Klagen über Vernetzung und Auslagerung der Produktion, die die nationale Souveränität beschränken. Exemplarisch sicher auch der Virologe Alexander Kekulé im April bei Anne Will auf die Frage nach den Symptomen von Corona: »Jeder von uns wird in den nächsten Wochen Personen in seinem Umfeld haben, die diese Symptome zeigen«. Nicht zuletzt zeugen Proteste gegen die Eindämmungsmaßnahmen – bis hin zu den diversen Verschwörungserzählungen – oftmals weniger von berechtigter Kritik als vielmehr von der Liebe zum eigenen »Durchblick«. Und sollte sich herausstellen, die Maßnahmen waren überzogen, unnötig oder ihr Preis zu hoch, dann werden wir vermutlich eine Epidemie derjenigen bekommen, die sagen: »Habe ich euch doch gleich gesagt«.

Aber konnten wir das im März, April oder Mai wirklich mit Sicherheit wissen? Rechtfertigt unser Wissensstand zu Corona die Begleitung der Pandemie durch Bescheidwisserei und Rechthaberei?

Die Pandemie und der Umgang damit belegen doch eher, wie wenig wir wissen. Woher kommt das Virus? Wie verbreitet es sich genau? Wer erkrankt wie stark und warum? Wie hoch ist die Zahl der Infizierten tatsächlich? Wie hoch entsprechend die wirkliche Sterberate? Wie viele sind schon immun? Wer von den Opfern ist nicht nur mit, sondern auch durch Corona gestorben? Welche Wirkung hatte der Lockdown? Welche Neben- und Spätfolgen verursachen die Maßnahmen?

Ein wenig humanistische Skepsis scheint also naheliegend. Humanismus sollte fremdeln mit den Rechthaber\*innen und Besserwisser\*innen. Und so bleibt auch dies eine Vermutung: Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Virusausbreitung waren wohl aus ethischer Vorsicht und politischer Verantwortung heraus gerechtfertigt. Nicht aber aufgrund von Evidenz, sondern aufgrund von Unwissenheit und Unsicherheit über die wirkliche Bedrohungslage samt angstmachender Bilder aus anderen Ländern.

## 2. Kann Solidarität wichtiger sein als Freiheit?

Skepsis ist stets auch dann angebracht, wenn die große Solidarität der Landsleute gerühmt und beschworen wird. Dabei war es durchaus erstaunlich, wie diszipliniert in den ersten Tagen und Wochen des Lockdowns in Deutschland die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen eingehalten wurden. Aber geschah dies aus Sorge um die Anderen, die Älteren und Kranken? Oder aus Angst, wohlverstandem Eigeninteresse und zähneknirschend? Und wie viele nicht mitgemacht haben, mehr oder weniger unbemerkt, ist auch nicht klar. An das Einkaufsverhalten muss erst recht nicht erinnert werden. Aber auf der anderen Seite: eine ganze Reihe von Menschen, die ihre ihnen durchaus schwerfallende Selbstbeschränkung mit dem Wunsch begründeten, sich solidarisch verhalten zu wollen, und zahlreiche öffentliche und private Solidaritätsbezeugungen, bis hin zur neuen Achtung für die Leistungen spezifisch betroffener Berufsgruppen.

Man muss das nun nicht zu einer ethischen Meisterleistung stilisieren und doch lässt sich kaum abstreiten, dass in diesen Tagen so mancher und so manchem die gelebte Humanität wichtiger waren als die temporäre Einschränkung der persönlichen Freiheitsrechte. Es ist nicht auszuschließen, dass gesellschaftliche Solidarität hierzulande beigetragen hat zur Eindämmung des Infektionsgeschehens, zur Vermeidung eines Zusammenbruchs des Gesundheitssystems und sogenannte Triage-Fälle auf Intensivstationen. Und genau das dürfte auch »humanistisch« sein: dass im Zweifels- und Konfliktfall die Verwundbarkeit des anderen mehr zählen *kann* als die eigene Freiheit, dass Einschränkungen für alle begründet sein *können*, wenn auch nur eine Teilgruppe besonders gefährdet sein mag.



### 3. Gibt es in Deutschland eine Scheu, ethische Grundsatzfragen zu diskutieren?

»Konsequenter Humanismus: Menschenleben dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden«, so der Titel eines Artikels in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 1. April 2020. Der Sozial- und Rechtsphilosoph Dietmar von der Pfordten rechtfertigt darin die Einschränkungen der Grundrechte mit dem grundgesetzlich gebotenen Schutz des menschlichen Lebens. Er warnt vor einer Gegenrechnung der Neben- und Spätfolgen der Corona-Maßnahmen und der bewussten Inkaufnahme von Infektionen samt Todesfällen bei den Risikopersonen, um Herdenimmunität zu erreichen. Dabei fährt er mit dem Hinweis auf die NS-Euthanasie durchaus schwere Geschütze auf. In der Wochenzeitung *Die Zeit* erscheint am 7. Mai zu diesem Thema ein »Gedankenaustausch« von Jürgen Habermas und Klaus Günther, der alles andere als kontrovers ist und ebenfalls einer Folgenabwägung widerspricht.

Kritik an den Corona-Maßnahmen, die offen eine Folgenabwägung einklagt, hat es dagegen schwer. Dabei geht es ihr oft gar nicht nur um Freiheitsrechte und ökonomische Folgen, sondern ebenfalls um die Gefährdung von Menschenleben: durch aufgeschobene Operationen, Arztbesuche oder Vorsorgeuntersuchungen; durch erhöhte Selbsttötungsgefahr oder häusliche Gewalt und Bewegungsmangel; durch fehlende Möglichkei-

ten, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, oder durch fehlende Medikamente oder Nahrungsmittel in ärmeren Ländern. Hinzu kommt die kritische Anfrage, ob man demgegenüber nicht Ausmaß und Folgen von Corona übertreiben würde: Wegen der vielen Toten im Straßenverkehr, durch Alkohol oder Nikotin, durch Krankenhauskeime oder Grippewellen würde ja auch niemand so viel Aufhebens machen.

Das ist ethisch und politisch ein prekäres Feld und man wird es sich dabei nicht so einfach machen können wie der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mit seiner Aussage, »wir retten in Deutschland möglicherweise Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären«. Allerdings lässt sich der Eindruck auch nicht völlig vermeiden, dass es in Deutschland eine gewisse Scheu gibt, solch ethische Grundsatzfragen – Prinzipienethik versus Utilitarismus – offen zu debattieren. Vielleicht sogar eine gerechtfertigte Scheu: Womöglich gibt es Akteure, die umstandslos den Tod von ein paar mehr oder weniger Menschen in Kauf nehmen würden, wenn das ihren Geschäften und Bedürfnissen dienlich wäre. Eine moderne humanistische Ethik sollte dennoch keine Scheu haben, die ethischen Grundsatzfragen zu klären: Es gibt heute Humanist\*innen, die sich auf Prinzipienethik und solche, die sich auf den Utilitarismus berufen, eine einfaches Entweder-oder dürfte der Komplexität nicht gerecht werden.

### 4. Was vermag Wissenschaft?

Die Corona-Pandemie hat die enorme Relevanz der Wissenschaften für politische Entscheidungsprozesse aufgedeckt. Zugleich aber auch ihre Grenzen. Der bayrische Ministerpräsident Markus

Söder hatte sich gewünscht, dass die Virolog\*innen sich gemeinsam in einen Raum setzen sollten, um sich endlich über die Einschätzung der Situation sowie geeignete Maßnahmen zu einigen. Es gibt aber selten, vielleicht nie, nur eine wissenschaftliche Meinung. Der Virologe Christian Droschen hatte darum gebeten, unbedingt auch u.a. Psychologinnen, Sozial- und Kulturwissenschaftler bei den Beratungen hinzuzuziehen. Die Wissenschaften bestehen eben nicht nur aus den Naturwissenschaften. Politiker\*innen machten wiederholt deutlich, dass Wissenschaft allein nicht direkt zu Entscheidungen führt, sondern dass auf ihrer Grundlage Entscheidungsprozesse stattfinden, in die dann zusätzlich weltanschauliche, politische und ethische Ansichten und Abwägungen einfließen müssen.

Aus humanistischer Perspektive sind nicht nur die Potenziale der Wissenschaften zu betonen. Wenn humanistische Konzepte heute Wissenschaft überhöhen und ihre Grenzen nicht nüchtern mit einbeziehen, dann verstärken sie ungewollt eine aktuelle politische Gefahr: dass Menschen sich von Wissenschaften abwenden und sich stattdessen dubiosen Weltanschauungen oder Verschwörungserzählungen zuwenden, weil sie aufgrund überzogener Erwartungen vom Pluralismus sowie der Irrtumsanfälligkeit von Wissenschaften enttäuscht sind.

### 5. Wie gefährlich sind Verschwörungserzählungen?

Man kann »Verschwörungserzählungen« statt »Verschwörungstheorien« sagen, wenn man betonen möchte, dass »Theorie« einen höheren wissenschaftlichen Anspruch hat als die meisten sich

im Umlauf befindlichen sogenannten »Verschwörungstheorien«. Und man kann begrifflich bei »Verschwörungstheorien« bleiben, wenn man »Theorie« gerade bewusst nicht mit einem solchen Anspruch belasten will. Man kann von »Verschwörungsmärchen« sprechen, wenn man dabei nicht

ihre eigentümliche Mischung aus wahren und erfundenen Elementen verkennt. Wie dem auch sei: Verschwörungserzählungen sind historisch nichts Neues. Und Verschwörungen auch nicht.

Anhänger\*innen von Verschwörungserzählungen sind oft resistent gegen Selbstreflexion: Außerordentlich kritisch gegenüber dem Mainstream, den Institutionen, den Regierungen usw. geben sie sich als besonders aufmerksame und kritische Bürger\*innen aus, ohne doch diese kritische Aufmerksamkeit auch der Herkunft ihrer eigenen Ansichten und Quellen angedeihen zu lassen. Man darf bei uns an den größten Quatsch und die dümmsten Geschichten glauben. Das ist durch Meinungsfreiheit gedeckt. Aber aus humanistischer Sicht reicht es nicht aus, nur die Meinungsfreiheit zu verteidigen, man muss auch den Wert der Meinung verteidigen. Es geht sonst zu sehr darum, dass man eine Meinung *haben* darf, und zu wenig darum, wie man eine seriöse Meinung *bildet*. Die Meinung wird entwertet, wenn man sie auf das bloße Haben reduziert. Eine Meinung zu haben, ist leicht. Deshalb hat man immer auch gleich zu allem eine Meinung. So entsteht Meinungsüberschuss und ein Mangel an Nachdenklichkeit. Wie kommen wir eigentlich zu einer gut begründeten Meinung? Durch Lebenserfahrung, durch andere, durch Wissenschaft? Eine Meinung ist wertvoll, man sollte sie nicht immer gleich verschleudern. ●



Dr. phil. Ralf Schöppner ist praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademien Deutschland und Berlin-Brandenburg.

# Milliarden im Sinne des praktischen Humanismus

Die Bundesregierung hat ein mächtiges Konjunkturpaket beschlossen. Doch mit den 130 Milliarden Euro lässt sich nicht nur die deutsche Wirtschaft retten.

Ein Kommentar von  
Frieder Otto Wolf

**D**as im Juni beschlossene Konjunkturpaket der Bundesregierung zur Rettung der deutschen Volkswirtschaft macht eines deutlich: Die Coronakrise stellt allein von ihrem Umfang her ein historisches Ereignis dar, wie es in der Tiefe und Breite seiner Auswirkungen nur den großen Weltwirtschaftskrisen vergleichbar ist. Andererseits ist sie nur eine von weiteren globalen Krisen, denen sich die Menschheit gegenwärtig auf ihrem Planeten Erde gegenüber sieht. Daher muss jede wirksame Überwindung der Coronakrise daran gemessen werden, wie weit sie zumindest zu einer Milderung und zeitlichen Streckung der anderen großen Krisen beiträgt:

- der mit dem Finanzcrash von 2008/09 zum Ausdruck gekommenen **Krise des neoliberalen Modells** der globalen Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise,
- der in den »failed states« und in kriegerischen Konfrontationen zum Ausdruck kommenden **Krise der globalen Abhängigkeitsverhältnisse** (die auch den erwarteten Aufstieg von Newcomern wie Brasilien und Südafrika verhindert hat),
- der nur verschobenen und verdrängten **Krise der patriarchalischen Geschlechterverhältnisse**
- und eben der großen **ökologische Krise** (sichtbar im Klima-Wandel und im Artensterben), welche letztlich das Habitat der Menschen zu bedrohen beginnt.

Es gibt Stimmen, welche die längst überfälligen strukturellen Veränderungen auf eine Zeit nach der Rückkehr zu einer »alten Normalität« verschoben sehen wollen (wie etwa die Automobilindustrie). Diese haben sich zwar nicht durchsetzen können, doch das kleine Maß von strukturellen Veränderungen, die im Zuge der Umsetzung dieses Konjunkturpaketes umsetzbar sein werden, wird konkret immer noch von weiteren Auseinandersetzungen und Kämpfen abhängen.

In dieser akuten Krisenlage kann der praktische Humanismus zeigen, worin seine historische Bedeutung liegt – indem er nämlich drei Aufgaben wahrnimmt:

*Erstens* sollte der praktische Humanismus zu einer **Solidarität der Menschheit in der Abwehr der dringlichsten Notlagen** beitragen, etwa des Untergangs der Inselstaaten, der sich praktisch überall auch mit der Pandemie verschärfenden absoluten Armut und Obdachlosigkeit, einer weitgehend zusammenbrechenden abhängigen Beschäftigung und der sich unter dem Druck der Krisenprozesse verschärfenden sexistischen und rassistischen Gewalt.

*Zweitens* ist es Aufgabe des praktischen Humanismus, die Staaten, Staatengemeinschaften (wie der EU) und die internationalen Organisationen bei allen Versuchen zu unterstützen, ihre beträchtliche Fähigkeit zur Kreditfinanzierung für eine tragfähige Verbindung von kurz-, mittel- und langfristigen Eingriffen zur Herstellung einer **langfristig tragfähigen Perspektive der Reproduktion der**

**Ökonomie der Menschheit** in ihrem gemeinsamen Haus der Erde einzusetzen.

*Drittens* gehört es zum praktischen Humanismus, sich auch entschlossen und kreativ für neue Ansätze einer nachhaltigen Produktions- und Lebensweise einzusetzen, in der die Möglichkeiten einer **bewussten Kontrolle und Gestaltung der sozialökologischen Effekte des Arbeitens und Lebens von Menschen** – nach dem Scheitern der großen Alternativen des 20. Jahrhunderts – in gemeinsamer emanzipatorischer Praxis neu bestimmt werden.

Das Milliardenpaket der Bundesregierung kann vielfältig eingeschätzt und kritisiert werden. Aus humanistischer Perspektive ist es allerdings ebenso wichtig, dass es in dem Maßnahmenbündel einen Ansatzpunkt dafür gibt, **drei elementare Zielbereiche eines humanistischen Engagements** wirksamer anzugehen – und zwar in der bewussten Nutzung aller die individuellen Handlungsmöglichkeiten erweiternden Elemente (also vor allem der zeitweisen Senkung der Mehrwertsteuer und des Zuschusses von 300 Euro pro Kind) im Sinne dieser drei Zielbereiche.

Das reicht von der bewussten Veränderung des eigenen Konsumverhaltens – Ernährung, Mobilität und Energiehaushalt – über die Beteiligung etwa an kommunalen Initiativen zu einem demokratisierenden sozialökologischen Umbau bis hin zum finanziellen Engagement für Organisationen, welche in diesen Problemfeldern sozialökologische Interessen vertreten oder exemplarisch tätig sind. Und dies ist grundsätzlich für jede und jeden möglich – sofern und soweit mensch Zugang zu den dafür erforderlichen Informationen hat. Vor allem aber kann jeder humanistisch engagierte Mensch anderen dabei helfen, hier für sich entsprechende Handlungsmöglichkeiten zu entdecken und sie wirksam zu nutzen.

Nutzen wir also diese Chance! ●



Frieder Otto Wolf, Jahrgang 1943, ist Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin und Präsident der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg. Mehr Infos: [www.friederottowolf.de](http://www.friederottowolf.de)

# Lebensfeiern in Krisenzeiten

Von Jens Hebebrand

Feiern, besonders Lebensfeiern, sind wichtig für uns Menschen. Wichtige Tage im Leben besonders feierlich zu begehen, gehört seit Jahrtausenden zu unserer Kultur, sei es nun die Feier zur Geburt, zum Erwachsenwerden, zur Besiegelung einer Partnerschaft oder zum Abschied. Doch was, wenn das feierliche Begehen dieser besonderen Ereignisse nicht mehr möglich ist?

Die Einschränkungen aufgrund der sich ausbreitenden SARS-CoV-2-Pandemie wirkten sich in den vergangenen Monaten zwangsläufig auch auf die Durchführung von Lebensfeiern aus. Die Jugendfeiern im Frühjahr mussten in NRW komplett abgesagt werden. Einige werden vielleicht im Herbst nachgeholt werden, andere erst im nächsten Jahr. Namensfeiern sind zumindest verschoben worden, bis es wieder die Möglichkeit geben wird, sich im kleinen Rahmen mit Verwandten und Freunden zu treffen, um die jungen Menschen in der Gemeinschaft zu begrüßen. Sämtliche Hochzeitsfeiern wurden auf das nächste Jahr ver-

legt oder fanden nur in kleinem Rahmen im Standesamt statt. Viele Brautleute, die sich darauf gefreut haben, mit ihren Verwandten und Freunden den Tag gemeinsam zu feiern, sind verunsichert und warten oft bis zum letzten Moment, um ihr Fest abzusagen. Zum Teil, weil sie nicht wissen, ob die Location zur Verfügung steht, oder aber, weil die Rückmeldungen der Gäste schleppend verlaufen.

Feiern unter diesen Bedingungen durchzuführen, ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Doch Menschen brauchen Feiern, gerade in Zeiten, in denen die Welt Kopf zu stehen scheint.

Lediglich Trauer- und Abschiedsfeiern konnten stattfinden – allerdings nur die Hälfte der sonst üblichen Feiern und auch nur in einem Rahmen, in dem Trauer nicht (aus-)gelebt werden kann. Die Anzahl der zugelassenen Trauergäste war auch in NRW beschränkt, wobei die Zahl von Stadt zu Stadt variierte. Mal waren es fünf, mal zehn, mal auch zwanzig. Oder die Zahl war nicht genau definiert, nur die nächsten Angehörigen durften teilnehmen. Die Hinterbliebenen mussten sich dann die Frage stellen, wer denn zu dieser Gruppe gehört – auch gute Freunde? Viele wollten Abschied nehmen, durften es aber nicht. Angehörigen wurde dann auch vorgeschlagen, doch einen Spaziergang in der Nähe der Trauerzeremonie zu machen, um wenigstens ein wenig dabei zu sein.

Abschiedsfeiern konnten in den ersten Wochen nur draußen stattfinden, oft ohne Musik, bei jedem Wetter, auch an regnerischen und windigen Tagen. Abstand musste gewahrt werden, niemand konnte gestützt oder in den Arm genommen werden, eine Hilflosigkeit, die intensiv zu spüren war. Gerade Anteilnahme hilft den Trauernden. Wenn man sich nicht in den Arm nehmen, keine Hände schütteln darf, dann ist das ziemlich steril, eine bedrückende Stimmung.

Für die Sprecher\*innen des HVD-NRW war die Stimmung ebenso bedrückend. Keine Hausbesuche, um sich mit den Angehörigen über das Leben der Verstorbenen auszutauschen, sie näher kennen zu lernen, kein Händeschütteln zur Begrüßung, kein Kondolieren nach der Trauerfeier. Was tun?

Gerade bei den Abschiedsfeiern hat sich gezeigt, wie wichtig zwischenmenschlicher, körperlicher Kontakt ist, auch wenn es nur das Reichen von Händen ist oder die kurze Berührung am Arm, um Trost zu spenden. Dies wieder zu lernen, wird eine der wichtigsten Aufgaben für die Zeit nach der Pandemie sein. Es darf nicht geschehen, dass aus Angst vor Infektionen Nähe auf Dauer vermieden wird. Denn das führte dann fast zwangsläufig zu einer emotionalen Verarmung und Vereinsamung. Daran mitzuarbeiten, wird künftig eine der Aufgaben der Sprecher\*innen des HVD sein.

Auch die Sprecher\*innen des HVD-NRW waren darauf angewiesen, sich über Video- oder Telefonkonferenzen auszutauschen, für viele, wie auch mich, eine neue Erfahrung. Das Unbehagen, keine Hausbesuche durchzuführen, Angehörigen nicht kondolieren zu können, war greifbar zu spüren. Alle sind über jede Erleichterung dankbar.

Nach den ersten Lockerungen war die Irritation sehr groß, dass die Wiederöffnung der Trauerhallen nicht dazugehörte. Erst nach einer Intervention waren die zuständigen Ämter bereit, die Hallen nach und nach wieder dem Publikum zur Verfügung zu stellen, natürlich unter Beachtung aller Hygienebestimmungen. Manchmal waren diese Bestimmungen allerdings ein wenig grotesk. So sollten die Sprecher\*innen während ihrer Rede einen Mund-Nasen-Schutz tragen – das wäre ungefähr so, als würde ein Chirurg auf das Skalpell verzichten müssen.

Restaurants, Fitnessstudios, Autohäuser konnten also bereits wieder öffnen, die Trauerhallen teils erst viel später. Während auf kirchlichen Friedhöfen längst die Kapellen öffneten, waren die Trauerhallen auf den kommunalen Friedhöfen geschlossen. Ein trauriges Beispiel war die Stadt Lünen: Die Trauerhallen öffneten hier erst wieder am 15. Juni, zur gleichen Zeit wie Spaßbäder und Wellnessoasen.

Erst in der Krise zeigt sich, wie wichtig eigentlich selbstverständliche Lebensfeiern sind. Es gilt, Schlüsse zu ziehen, wie in Zukunft gewährleistet werden kann, dass Lebensfeiern weiter durchgeführt werden können. Es gilt, Ideen für Alternativen zu entwickeln. Erste Angebote von Trauerfeiern auf Video oder mit Videoübertragung gibt es schon. Ob darin die Lösung für die Zukunft liegt, ist allerdings eher zweifelhaft. Eine Aufgabe, der wir uns als Humanist\*innen besonders stellen werden! ●



Jens Hebebrand, Jahrgang 1967, ist Lebensfeierreferent beim Humanistischen Verband Nordrhein-Westfalen. Als Humanistischer Sprecher des HVD-NRW führt er unter anderem Trauer- und Namensfeiern durch, vor allem in Dortmund, im Kreis Unna und Umgebung.

# Eine deutsche Karriere: Das Doppelleben des Artur Wilke

Von Michael Schmidt

Ein studierter Theologe, der sich der SS anschließt, zum Massenmörder wird, später unter dem Namen seines gefallenen Bruders weiterlebt, keinerlei persönliche Schuld eingesteht und das theologisch begründet. Die Biographie von Artur Wilke, die der Journalist Jürgen Gückel in seinem Buch »Klassenfoto mit Massenmörder« erforscht hat, wirft Licht auf ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte.

Gruppe von als »Juden der Rasse nach« gekennzeichneten Menschen in Minsk 1941, während der deutschen Besatzung Weißrusslands.

Die NS-Verbrechen in der Sowjetunion, der beschönigende Umgang damit von Seiten der Täter und der Gesellschaft der BRD sowie die mangelhafte Verfolgung durch die westdeutsche Justiz sind mittlerweile weitgehend bekannt. Jedoch verdichten sich durch die von Jürgen Gückel recherchierten Details diese Ereignisse, werden sehr konkret und dabei bedrückend und unfassbar.

Artur Wilke wird 1910 in der Nähe von Posen geboren. Durch den Versailler Vertrag fällt das Gebiet an Polen, die Familie zieht nach Stolp in Pommern. Ursprünglich will er Pfarrer werden, studiert 15 Semester evangelische Theologie, dann auf Lehramt, kommt aber nicht wirklich voran. Als die Wehrmacht 1938 seinen Antrag, ins Offizierskorps einzutreten, ablehnt, bewirbt er sich beim SD (Sicherheitsdienst der SS). Zu diesem Zeitpunkt hat er schon eine Karriere in rechten und militärischen Organisationen hinter sich: Mit 17 geht er zum Grenzschutz, dann als Freiwilliger zur Wehrmacht. 1931 tritt er in die NSDAP ein, bleibt aber nur ein Jahr. 1933 wird er Mitglied der SA. Beim SD ist er zunächst Schulungsreferent für Sport und Geschichte.

## Der NS-Verbrecher

Im Februar 1942 wird er nach Minsk zum KdS (Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD) versetzt. Dessen Hauptaufgabe bildet zunächst die Ermordung von Juden. Der SD geht dabei brutal und rücksichtslos vor. Bei den Erschießungen nicht tödlich verletzte Juden werden lebendig begraben, den Exekutierten werden vorher die Goldzähne entfernt und dann an die Männer des SD verteilt. Frauen aus dem Ghetto, die trotz Verbots schwanger werden, bestraft die SS mit Erschießung. Nachdem der für Weißrussland zuständige Generalkommissar Wilhelm Kube einem Attentat sowjetischer Widerstandskämpfer zum Opfer gefallen ist, lässt der SD drei Personen, die er damit in Verbindung bringt, an Pfählen angebunden lebendig verbrennen.

Die Teilnahme an Erschießungen, durch Genickschüsse, mit der Pistole aus nächster Nähe, gehört schnell zu Wilkes Alltag. Auch beaufsichtigt er die Tötung mit Gaswagen und Ghettoräumungen. Ab Herbst 1942 wird Wilke zunehmend in der »Bandenbekämpfung« eingesetzt. Als Führer eines

Als Führer eines Erkundungstrupps hängt das Wohl und Wehe ganzer Regionen von seiner Beurteilung ab. Artur Wilke wird zum Herrn über Leben und Tod.

Erkundungstrupps soll er entscheiden, welche Maßnahmen zu treffen sind. Das Wohl und Wehe ganzer Regionen hängt von seiner Beurteilung ab. Er wird zum Herrn über Leben und Tod. Als partisanenverdächtig angesehene Dörfer werden grundsätzlich zerstört, die meisten Einwohner ermordet, einige zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert. Insgesamt vernichten die deutschen Besatzer 5.295 Dörfer in Weißrussland. Als Sicherheitsoffizier ist er auch an Folterungen von Partisanenverdächtigen beteiligt. Zudem ist er für die Umsetzung des Konzepts der Wehrdörfer im Raum Minsk zuständig. Wilke entwickelt sich zum Spezialisten im Kampf gegen Partisanen.

## Neues Leben unter anderer Identität

Die kriminelle Energie, die er bei seinen Einsätzen gezeigt hat, hilft ihm auch nach Kriegsende. Er entkommt sowohl aus sowjetischer als auch aus amerikanischer Gefangenschaft. In der Uniform eines Feldwebels der Luftwaffe stellt er sich schließlich den Engländern, von denen er am wenigsten befürchtet, und nimmt die Identität seines gefallenen Bruders an. Aus dem SS-Hauptsturmführer (vergleichbar einem Hauptmann bei der Wehrmacht) und Massenmörder Artur Wilke wird der harmlose Soldat und Lehrer Walter Wilke.

Der britische Geheimdienst entdeckt jedoch seine falsche Identität und zeigt großes Interesse an seinen Erfahrungen bei der Bekämpfung von Partisanen. Wilke verbringt einige Wochen in Großbritannien und gibt sein Wissen preis, das die Geheimdienstoffiziere offenkundig als sehr wertvoll betrachten. In der Tat bauten Briten und Franzosen in ihren Kolonialkriegen und die USA im Vietnamkrieg auf den Erfahrungen der Deutschen auf. Als Gegenleistung erhält Wilke vermutlich Hilfe zu Wahrung seiner neuen Identität.

Foto Minsk: Wikimedia Commons/BundesarchivN 1576 Bild-006/Herrmann, Ernst (CC-BY-SA 3.0), Upselling: Icons8



Jürgen Gückel: *Klassenfoto mit Massenmörder. Das Doppelleben des Artur Wilke.* Vandenhoeck & Ruprecht Verlage, Göttingen 2020, € 25,-

Bereits im September aus britischer Gefangenschaft entlassen, zieht er zu einer Tante nach Stedersdorf bei Peine. Er beginnt als Lehrer zu arbeiten, Schläge gehören selbstverständlich zu seinen Erziehungsmethoden. Der Autor Jürgen Gückel ist einer seiner Schüler. Wilke heiratet die Dorfärztin, obwohl seine legitime Frau noch in der DDR lebt. Als diese stirbt, übernimmt er als vermeintlicher Onkel das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder, die er allerdings schon bald zur Adoption freigibt.

Nicht nur die Familie weiß von dem Rollentausch, viele im Dorf kannten seinen Bruder, jedoch stellt niemand Fragen. Im Dorf wird die Angelegenheit einfach totgeschwiegen – auch dann noch, als Wilke verhaftet und verurteilt wird. Nicht einmal die Lokalzeitung berichtet darüber. Selbst während der Recherchen zu seinem Buch stößt Jürgen Gückel noch bei vielen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf eine Mauer des Schweigens.

## Der Prozess

Gegen Ende der 1950er Jahre beginnen in der BRD erstmals systematische Ermittlungen zu den Verbrechen in Osteuropa. Bisher hatte sich die westdeutsche Justiz dafür als nicht zuständig betrachtet. Auch wenn selten mit Nachdruck ermittelt und verurteilt wird, gibt es doch erste Erfolge. Im Sommer 1959 wird Wilkes Vorgesetzter beim KdS Minsk, Georg Heuser, verhaftet. Heuser war es 1954 gelungen, wieder in den Polizeidienst einzutreten. Mittlerweise ist er Chef des LKA Rheinland-Pfalz. Weitere Ermittlungen führen zu Wilke, der im August 1961 festgenommen wird. Das Verfahren beschäftigt sich nur mit der Ermordung der weißrussischen Juden, die »Bandenbekämpfung« spielt keine Rolle.

Der Roten Armee war bei der Einnahme von Minsk das Tagebuch von Wilke, das ihn und andere Beteiligte schwer belastet, in die Hände gefallen. Die Staatsanwaltschaft will das Tagebuch in den Prozess einführen, jedoch versuchen das Auswärtige Amt und andere Behörden, das zu verhindern. Grund dafür ist, dass es auch Belastendes gegen Friedrich Karl Vialon, Staatssekretär im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, enthält. Als Leiter der Finanzabteilung im »Reichskommissariat Ostland« war Vialon für die Verwertung der jüdischen Vermögen zuständig. Als Zeuge im Prozess schwört er, nichts von der Ermordung der Juden gewusst zu haben. Er bleibt im Amt. Von einer Anklage wegen Meineids wird er 1971 freigesprochen.

Die damalige Praxis der Rechtsprechung klagt alle jene, die nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf Befehl gemordet haben, nur der Beihilfe zum Mord an. Wie auch die meisten anderen Täter beruft sich Wilke im Prozess auf Befehlsnotstand. Einige der Taten räumt er ein, aber keinerlei persönliche Schuld. Er sieht sich selbst als Opfer der Umstände, in die er geraten war. Verurteilt wird er wegen der Mitwirkung an 6.600 Tötungen zu zehn Jahren Haft.

## Keine Reue

Am 19. Mai 1963 wird das Urteil rechtskräftig und Wilke beginnt sofort auf seine Begnadigung hinzuwirken. Er widmet sich intensivem Bibelstudium und korrespondiert mit verschiedenen Geistlichen. Auch diese können ihm kein Schuldbekenntnis entlocken. Wilke sieht sich als Opfer des Staates in doppelter Hinsicht: Erst hätte der Staat von ihm verlangt zu töten, dann verurteilte ihn der Staat dafür, dass er dies getan hatte. Diejenigen, die er ermordet hatte, spielten dagegen in seinen Überlegungen keine Rolle. Er bedauert nur sich selbst und sucht nach theologischen Rechtfertigungen. Dennoch unterstützt Hans Stempel, Präsident der evangelischen Kirche der Pfalz, Wilkes drittes Gnadengesuch vom April 1967. Dieses lehnt die Justiz jedoch wegen »Schwere der Schuld« ab.

Stempel saß jahrelang im Präsidium der »Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte«, deren Hauptziel die Fürsorge für und Reinwaschung von NS-Tätern bildete. Zudem ist er »Beauftragter der EKD für die Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten in ausländischem Gewahrsam«. Ihm fehlt es offenkundig an Distanz zu seiner Klientel. Entsprechend befürwortet er auch im folgenden Jahr eine vorzeitige Entlassung Wilkes. Wider besseres Wissen behauptet er, Wilke habe seine Schuld schon bei der Gerichtsverhandlung eingestanden und seine Einsicht während der Haft vertieft. Er habe ein ausgesprochenes Sühnebedürfnis. Der vermutete eigentliche Grund seines Einsatzes für Wilke wird aus dem folgenden Zitat deutlich: »Er hat sich auch in bemerkenswerter Weise in eigener Arbeit um die Vermehrung seiner christlichen Glaubenserkenntnisse bemüht.«

Diese christlichen Glaubenserkenntnisse hatte Wilke jedoch 1938 beiseitegeschoben. Bei seiner Bewerbung für die SS bezeichnet er sich als »gottgläubig«. Das war in der NS-Zeit die Bezeichnung für alle jene, die nicht Mitglied einer christlichen Kirche waren. War Wilke also aus der evangelischen Kirche ausgetreten oder war dies eine wei-

Diejenigen, die er ermordet hatte, spielten in Wilkes Überlegungen keine Rolle. Er bedauert nur sich selbst und sucht nach theologischen Rechtfertigungen.

tere seiner falschen Behauptungen? Dieser Widerspruch war leider Jürgen Gückel nicht aufgefallen, der sich ansonsten bemüht hat, alle Verästelungen in Wilkes Leben aufzuzeigen. Fakt ist, dass die Mitgliedschaft in einer christlichen Kirche einer Karriere in der SS entgegensteht. Vermutlich zeigt sich hier schon Wilke als hemmungsloser Opportunist, der bereit ist, für seine Karriere auch seine christliche Überzeugung, auf die hinzuweisen er nach der NS-Zeit nicht müde wird, zu verleugnen.

Letztlich aber gibt Wilkes Gesundheitszustand den Ausschlag für die Begnadigung, er leidet an Tuberkulose. Im April 1968 wird er aus der Haft entlassen. Danach lebt er nun wieder als Artur Wilke in Stedersdorf, als wäre nichts geschehen.

Erst 1970 wird ein weiteres Ermittlungsverfahren, dass sich unter anderem mit Wilkes Rolle bei der »Bandenbekämpfung« beschäftigt, eröffnet. Jedoch wird sehr nachlässig ermittelt. Das Verfahren wird verschleppt und schließlich 1996 eingestellt. Offenkundig hatten die Ermittler, wie auch in vielen anderen Fällen von NS-Verbrechen, wenig Interesse, die Täter zu überführen. Artur Wilke stirbt 1989, für den Großteil seiner Verbrechen wird er nicht zur Verantwortung gezogen. ●



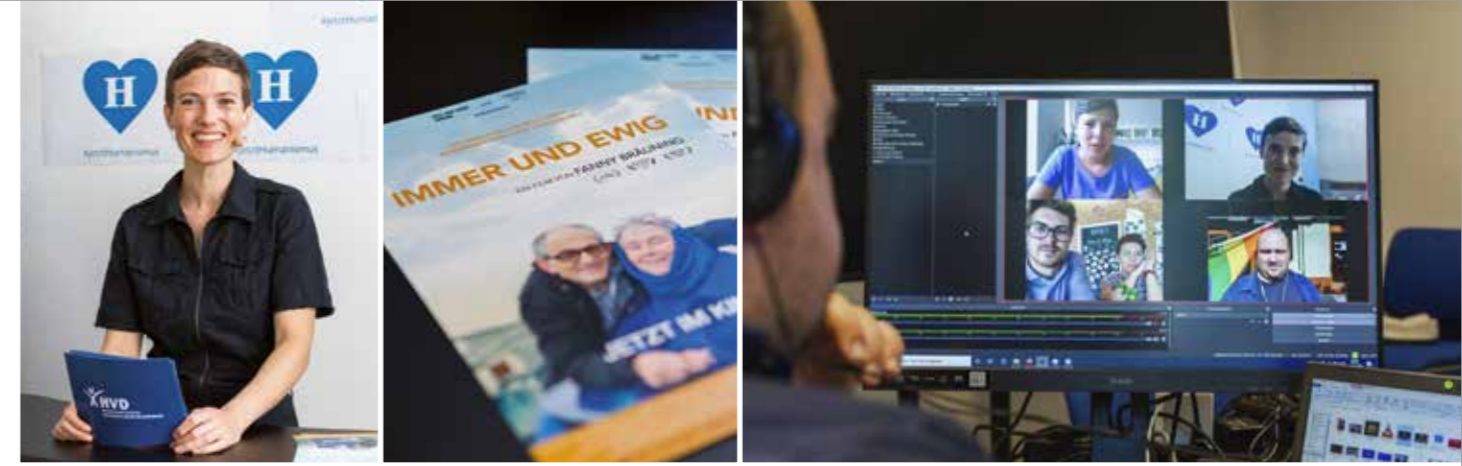
Michael Schmidt ist Diplom-Politologe und arbeitete bis zu seinem Ruhestand in der Abteilung Bildung des HVD Berlin-Brandenburg. Er war u.a. Projektleiter der Ausstellung »Humanisten im Fokus – Zerstörte Vielfalt«.

# Humanist\*innen leben lieber selbstbestimmt

## Die erste digitale Welthumanist\*innenwoche des HVD Berlin-Brandenburg

Von Luise Schirmer

In diesem Jahr organisierten wir – ein vierköpfiges Team des HVD Berlin-Brandenburg – erstmals eine »Welthumanist\*innenwoche«: Anlässlich des International Humanist Day am 21. Juni 2020 veranstalteten wir bereits in den Tagen vor dem eigentlichen Feiertag ein vielfältiges Programm unter dem Motto »Lebe. Liebe(r). Selbstbestimmt.«.



Wegen der Corona-Pandemie und dem damit einhergehenden Veranstaltungsverbot sind wir kurzerhand auf eine digitale Plattform ausgewichen: Bereits am Montag, Mittwoch und Freitag vor dem großen Feiertag bestimmten Gespräche mit mutigen Humanist\*innen die Abendgestaltung. Dr. Ralf Schöppner, praktischer Philosoph und Direktor der Humanistischen Akademie Berlin-Brandenburg, stellte in dem Interview »Liebe statt Selbstbestimmung?« die begrifflichen Herausforderungen von »Selbstbestimmung« heraus. Im Beitrag der HVD-Bundesbeauftragten für Medizinethik und Patientenautonomie, Gita Neumann, stand der Umgang mit Autonomie und Mitmenschlichkeit am Lebensende im Zentrum der Auseinandersetzung. Im Anschluss thematisierten Simone Koschewa und Rike Lehrkamp, Sozialarbeiterinnen im Pflegestützpunkt Neukölln, in »Who Cares?!« die Bedingungen von Selbstbestimmung für Pflegebedürftige.

Den Höhepunkt der Woche bildete die Livestream-Vorführung des preisgekrönten Dokumentarfilms »Immer und Ewig« (2018 CH) von Fanny Bräuning. Die Protagonistin des Films ist Bräunings an Multipler Sklerose (MS) erkrankte Mutter Annette Bräuning. In dem intimen und berührenden Film begibt sich die Regisseurin gemeinsam mit ihren Eltern in einem Kleinbus nach Südeuropa auf eine »Schatzsuche«. Nach der Filmvorführung konnten die Zuschauer\*innen außerdem ein aufgezeichnetes Gespräch mit Fanny Bräuning verfolgen, in dem diese über die Beziehung zu ihrer Mutter spricht.

Aus unterschiedlichen Perspektiven näherten wir uns so den thematischen Schwerpunkten unseres Motos »Lebe. Liebe(r). Selbstbestimmt.« an.

Weitere Programmpunkte sorgten für das Gemeinschaftsgefühl, das an einem humanistischen Feiertag nicht fehlen darf. Dazu zählten ein Grußwort von Erwin Kress, dem Vorstandssprecher des HVD Bundesverbandes, ein Beitrag zu Ritualen zum Welthumanist\*innentag von den Brandenburger Regionalverbänden HVD Nordbrandenburg und dem Freidenkerbund Havelland, eine Videokonferenz mit Engagierten von JuHu Berlin und JuHu Brandenburg, vom AK queer\*human und dem HVD Nordbrandenburg. Außerdem wurde den Zuschauer\*innen unser neues Projekt, das zukünftige »Haus des Humanismus« in Berlin-Schöneberg vorgestellt.

Wir freuen uns schon auf den nächsten Welthumanist\*innentag!



Luise Schirmer ist Referentin für Mitgliederangebote im Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg KdöR. Sie ist einer der Köpfe hinter der »Welthumanist\*innenwoche« und verantwortet das neue Projekt »Haus des HUMANISMUS« in Berlin-Schöneberg.

### Zum Anschauen

Auf [humanistisch.de/wht-bb](http://humanistisch.de/wht-bb) ist die Welthumanist\*innenwoche dokumentiert. Auf dem YouTube-Kanal des HVD Berlin-Brandenburg ([youtube.com/hvdberlin](https://youtube.com/hvdberlin)) sind außerdem der Filmtrailer von »Immer und Ewig«, die aufgezeichneten Interviews und das Vorprogramm der Filmvorführung zu finden.



# ohne diesseits fehlt etwas

seit 1987

**diesseits**  
im Wandel:  
Wie soll unser  
humanistisches Magazin  
in Zukunft aussehen?  
Welche Wünsche und  
Anregungen haben Sie?

Wir freuen uns über  
Ihr Feedback!  
Schreiben Sie an:  
[redaktion@diesseits.de](mailto:redaktion@diesseits.de).